Dienstag, 10. Juli 1923. **Einzelnummer 500 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 152.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungsboten 10000.—
am Postamt ..... 10000.—
ins Ausland 15 000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 300.— M. Reklameteil 1000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 300.—p. M. „ Reklameteil 1000.—p. M in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Europäische Wochenschau.

Als am 13. Juni der englische Fragebogen, der über die wahren Ziele und Absichten Frankreichs im Ruhrgebiet Auskunft verlangt, in Paris einlief, schrieb ein französisches Blatt, der Ministerpräsident habe um 10 Uhr vormittags die englische Note erhalten und schon um 5 Uhr nachmittags einen eigenhändig geschriebenen vollständigen Antwortentwurf fertiggestellt, der fünf geschriebene Seiten ohne jede Korrektur umfaßt habe. Trotz dieser prahlerischen Ankündigung sind drei Wochen vergangen, bis endlich am 3. Juli der belgische und der französische Botschafter Lord Curzon Verbalnoten ihrer Regierungen einhändigten. Über den Inhalt dieser Noten ist noch nichts bekannt geworden, so daß es sogar möglich ist, die wirkliche Erteilung einer schriftlichen Antwort überhaupt in Frage zu stellen. Über den einzig möglichen Inhalt einer solchen französischen Antwort ist sich natürlich niemand im Unklaren. Es ist die hartnäckige Zurückweisung jeder Konzession.

Poincaré versteift sich immer mehr auf seinen einseitigen Standpunkt. Er will keine Verständigung, sondern Kapitulation. Die deutschen Vorschläge sollen erst nach Einstellung des Widerstandes geprüft und dann selbstverständlich zurückgewiesen werden. Der „große Lothringer“ ist vielleicht gerade deshalb so unversöhnlich nach außen, weil er seine Stellung im Innern wanken sieht. Sein bloc national hat zu Dutzenden von Niederlagen in den letzten Monaten noch unlängst eine neue geradezu niederdrückende bei der Kammerersatzwahl im Departement Seine et Oise erlitten. Mit innerer Unruhe sieht er dem Strafgericht bei den allgemeinen Neuwahlen im Frühling 1924 entgegen und klammert sich immer eigensinniger an seinen letzten vermeintlichen Trumpf, die erbarmungslose Durchführung der Ruhraktion. Unmittelbar nach Beendigung der belgischen Regierungskrise, die von neuem das alte Kabinett Theunis in seinem Gesamtbestande ans Ruder brachte, und für Poincaré ein willkommener Anlaß zur Verschleppung der Antwort an England bot, wurde das Signal zur gänzlichen Absperrung der überfallenen deutschen Westmark vom unbesetzten Deutschland gegeben. Eine Explosion in einem Zug auf der Rheinbrücke bei Duisburg, die eine größere Anzahl von Menschenleben forderte, gab einen scheinbaren Vorwand für diese ungeheuerliche Maßnahme. Selbstverständlich ist dieser Vorwand nichts als Heuchelei denn schon seit Wochen war diese Maßregel in der französischen Presse angekündigt worden und bei dem letzten Besuch Poincaré's in Brüssel wurde ausdrücklich der Beschluß gefaßt, den Druck im Ruhrgebiet zu verschärfen. Durch das französische Vorgehen werden Millionen von Menschen in namenloses Unglück gestürzt und ein furchtbarer Haß wird erzeugt. Diese Steigerung der Grausamkeit in der letzten Zeit ist keinesfalls durch das Unglück bei Duisburg, über dessen wahre Natur sich nichts Genaues feststellen läßt, hervorgerufen worden. Vielmehr sucht Poincaré durch einen lange vorbereiteten Hauptangriff auf die Bevölkerung die Kapitulation zu erzwingen und dadurch der englischen Politik den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Ein besonders schwarzer Punkt in der Politik des starrsinnigen und verschlagenen Poincaré ist die verächtliche Korruptionstätigkeit des französischen Agenten Richert in Bayern, die im Münchener Hochverratsprozeß zutage kam, ein anderer die Unterstützung des schamlosen Hochverräters Dr. jur. Dorten, der sich nicht entblödet, in Paris gegen die Rheinlandsbevölkerung, die ihrem Vaterlande die Treue halten will, zu hetzen. Durch ganz Europa erstrecken sich die geheimen Polypenarme der französischen Propaganda. Auch in der polnischen Hauptstadt findet sich eine Zentralstelle dieser Arbeit. Es ist das französisch geschriebene Blatt „Journal de Pologne“, daß in raffiniert aufgemachten Hetzartikeln alles, was deutsch heißt, mit Schmutz bewirft, und sich zur Zeit sehr lebhaft für die Erdrosselung des Deutschtumsbundes interessiert. Allerdings läßt sich nicht verkennen, daß die fieberhaft tätige französische Propaganda in der letzten Zeit mehr und mehr auf Kritik und Widerstand in den verschiedensten Ländern stößt. Die Tschechoslowakei z. B. geht keineswegs durch Dick und Dünn mit Frankreich. Der kluge Außenminister Dr. Benesch, den das amerikanische Blatt „The San Francisko Journal“ unlängst neben Poincaré und Mussolini als einen der drei Diktatoren Europas, deren Politik allein maßgebend sei, bezeichnete, steht der Ruhrbesetzung stark kritisch gegenüber, wohl weniger gefühlsmäßig, als aus reinen Verstandesgründen, besonders aus wirtschaftlichen Erwägungen.

In der Tat. Die Wirtschaft Europas sinkt, ja stürzt von Stufe zu Stufe. Infolge der politischen Verwirrung und Unsicherheit sinkt die deutsche Mark immer tiefer; tiefer als es wirtschaftlich berechtigt ist. Die Fieberkurve der schwerkranken deutschen Währung führte bereits in der letzten Juniwoche zu einem Kurse von 175 000 Mk. für den Dollar, sank dann wieder auf ungefähr 100 000 und hat jetzt den erstgenannten Stand schon wieder erreicht. Der reißende Marksturz zieht natürlich unangenehme finanzielle Erscheinungen in anderen Ländern nach sich. In Polen ist die Schicksalsgemeinschaft der polnischen Mark mit der deutschen zur Zeit durch gewisse künstliche Maßnahmen, die vielleicht nicht von langer Wirkung sind, aufgehalten. In der Tschechoslowakei herrscht große Besorgnis, da das Unglück der Mark den dortigen Kaufleuten und Industriellen riesige Verluste verursacht hat.

In Londoner Wirschaftskreisen und in den Kreisen, die den Ententemächten nahestehen, wird erzählt, die englischen und amerikanischen Finanzkreise hätten den Valutamarkt vollständig der Spekulation überlassen, um den unversöhnlichen Politikern der ganzen Welt zu zeigen, daß sie politische Gesichtspunkte bei der Lösung der Reparationsfrage vollständig auszuschalten hätten, wenn nicht ihre praktische Lösung durch die fortgesetzte Entwertung fast aller europäischen Währungen unmöglich gemacht werden soll. Gerade durch wirtschaftliche Erwägungen aber wird das Kabinett Baldwin zu seiner einigermaßen energischen Haltung gegenüber Frankreich veranlaßt. England sehnt sich von Woche zu Woche mehr nach den europäischen Märkten, die ihm durch den Verfall Deutschlands verschlossen werden. Der Sturz der englischen Großhandelspreise beunruhigt die britische Industrie sehr, deren Krisis sich in Arbeitsbeschränkungen von größtem Umfange zeigt.

Auch in Belgien hat die Ruhrbesetzung sehr schädliche wirtschaftliche Folgen. Als Theunis im Jahre 1921 den Finanzministerposten übernahm, kosteten 100 französische Franken 92 belgische Franken. Heute zahlt man für 100 französische Franken 117 belgische Franken. Dieser verblüffende Umschwung in dem Verhältnis zwischen der französischen und der belgischen Valuta erschreckt die Staatsmänner und Parlamentarier in Brüssel. Bezeichnend sind auch die Ziffern der belgischen Ein- und Ausfuhr im Laufe der ersten vier Monate des Jahres im Vergleich zu den entsprechenden französischen Daten. In dem bezeichneten Zeitabschnitt wuchs der Umsatz des Außenhandels Frankreichs um 25 %, während in derselben Zeit das industriereiche Belgien eine Umsatzabnahme von 15 % zu verzeichnen hatte. Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß die Rettung aus der internationalen Lage, in der sich Europa befindet, für Belgien immer dringendere Notwendigkeit wird.

Wenn in Frankreich einigermaßen wieder der Verstand obenauf kommen sollte, so könnte dies nur durch wirtschaftliche Nöte geschehen. Anzeichen für deren Eintritt sind vorhanden. Das Fallen des Frankenkurses wird in amtlichen Kreisen in Paris als eine große Überraschung bezeichnet. Man will nicht glauben, daß der Frankensturz zum Teil auch als Rückwirkung des Zusammenbruchs der deutschen Mark aufzufassen sei, sondern hält ihn mehr für ein Ergebnis börsentechnischer Vorkommnisse. Vor allem hätten die großen Institute ihren Devisenbedarf für den Vierteljahresschluß diesmal im Hinblick auf die unsichere Lage ungewöhnlich früh gedeckt. Man weiß, wie empfindlich der französische Rentner, vor allem der Kleinrentner, gegenüber dem Sturz des Frankens ist. Es ist keine Kleinigkeit, wenn man anstatt 100000 Franken, in Wirklichkeit nur noch ein Drittel besitzt, besonders nicht, wenn man von der Rente leben soll, und die Teuerung hat auch in Frankreich stark eingesetzt. Es ist zu wünschen, daß der Franzose am eigenen Leibe spürt, wohin seine wahnsinnige Politik führt.

Deutlich erkennt man, daß sich in französischen Industriekreisen eine Jagd nach Devisen geltend macht; die Francflucht nimmt auch in den Kreisen des Publikums zu. Das hängt, wie das englische Wirtschaftsblatt „The Economist“ meint, auch mit einem drohenden Umschwung der Innenpolitik zusammen: die Steuergesetzgebung des bloc national hat Schiffbruch erlitten, es soll zu einem schärferen Anziehen der Steuerschraube kommen. Eine besondere Schwierigkeit für Frankreich sind die in Amerika aufgenommenen Städteanleihen, die, jetzt, bei dem schlechten Franckurse, die Zinsen in Dollars decken müssen. Diese Transaktionen haben zur Folge, daß man in der französischen Provinz zur Lösung der Reparationsfrage drängt und Amerikas Mitwirkung verlangt. Auch der Zinsendienst, den französische Städtegemeinden an englische Darlehnsgruppen leisten müssen, ist wegen des schlechten Franckurses sehr drückend. Die Spekulation, die an der Mark ihr Geld verloren, hält sich auch gegenüber dem Franc zurück. Dadurch fehlt Frankreich eine große Deviseneinnahme.

Die neueste Ausgabe des führenden englischen Handelsorgans „The Economist“ enthält einen Warnungsruf an Frankreich und Belgien, die katastrophale Situation in Europa nicht zum „bitteren Ende“ zu führen und England nicht zu zwingen, seine immer schwerer in Mitleidenschaft gezogenen vitalen Interessen gesondert zu verteidigen. Das Wochenblatt weist auf die jüngsten Beschlüsse der Londoner City, der führenden Bankkreise, und auf die Kundgebungen des Bundes der britischen Industriellen hin, die eine Verzögerung in der Lösung des Reparationsproblems nicht mehr zugeben wollen.

Sir Eric Geddes, der englische Botschafter in Washington, hat an den Bund der britischen Industriellen ein Schreiben gerichtet, in dem er betont, daß Amerika seine Mitwirkung an der Klärung des interalliierten Schuldenproblems zusage, falls Frankreich und Belgien bereit sein sollten, Deutschlands Zahlungsvermögen durch ein internationales Gremium prüfen zu lassen. Außerdem weist Geddes auf die Bedeutung der Europareise des amerikanischen Schatzsekretärs Andrew Mellon hin, eines der vier reichsten Männer der Vereinigten Staaten, dessen Vermögen auf vierhundert Millionen Pfund Sterling zu schätzen ist.

„Wir wollen nicht sehen, wie sich die Situation in und außerhalb Europas immer kritischer gestaltet. Der Friede ist noch nicht verankert. Nur ein ehrliches Zusammenwirken aller Völker vermg ihn zu sichern“, schreiben die „Daily News“. Im „Manchester Guardian“ wird Poincaré heftig wegen seiner Haßpolitik gegenüber Deutschland angegriffen und als „Mörder Europas“ bezeichnet.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Die Geld- und Wirtschaftsinteressen können das Leben der Völker und jedes Einzelnen nicht ausfüllen. Jeder Mensch, der ein menschenwürdiges Dasein führen will, insbesondere aber jeder „gute Europäer“, der sich des Wertes und der Aufgabe der abendländischen Kultur bewußt ist, muß den Wunsch haben und dahin streben, daß in seinem Bereiche menschenwürdige Zustände herrschen, daß Recht und Gerechtigkeit wenigstens nicht ganz

Beginn der Rigaer Konferenz.

Seyda nimmt nicht teil.

Außenminister Seyda konnte mit Rücksicht auf wichtige, im Gang befindliche politische Angelegenheiten (!) nicht Warschau verlassen, um sich zur Rigaer Konferenz zu begeben. Er wird vom Vizeminister Straßburger vertreten, den der Kabinettssekretär Romer, Ministerial-Justizrat Babiński und der Referent für baltische Fragen, Zalewski, begleiten. In Riga werden auch die polnischen Gesandten von Helsingfors und Riga, Filipowicz und Jodko, anwesend sein. Minister Seyda empfing am Sonnabend vormittag die Warschauer Vertreter der Baltenstaaten und sprach ihnen gegenüber sein Bedauern darüber aus, daß er wegen unvorhergesehener Umstände in Warschau bleiben müsse. Darauf machte er die Vertreter mit den Anschauungen der Regierung über die zum Programm der Rigaer Konferenz gehörigen Fragen bekannt. Die Nichtteilnahme Seydas scheint ein deuliches Verbot seines Rücktrittes zu sein.

Die politischen Probleme der Baltenstaaten.

Aus Anlaß der Rigaer Konferenz der baltischen Außenminister schreibt die „Jaunakas Sins“: Außer der Warschauer Konferenz, die mit dem bekannten accord politique endete, haben die beiden folgenden Konferenzen, in Reval und in Helsingfors, zwar keine Resultate gezeitigt, aber doch den Beweis erbracht, daß zwischen Polen, Lettland, Finnland und Estland in verschiedenen Wirtschaftsfragen Gemeinsamkeit der Interessen besteht, und daß der Wille, die Bestrebungen in Einklang zu setzen, sowohl im Norden als auch im Süden vorhanden ist. Weiter vorzudringen hat keine Konferenz gewagt. Gegenwärtig ist weder in der internationalen Politik noch in Rußland irgend etwas vorgefallen, was alle baltischen Staaten gleichmäßig angehen könnte. Und doch würde es die öffentliche Meinung aller Länder mit Genugtuung begrüßen, wenn die Beziehungen zum Osten wenigstens in grundsätzlichen Fragen in Einklang gebracht würden.

Zur zweiten Gruppe der Fragen die die Konferenz umfaßt, gehört die Frage der gegenseitigen Unantastbarkeit der Territorien der zum Bunde gehörigen Staaten.

Die dritte Problemgruppe bilden die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Baltenstaaten untereinander. Man kann nicht erwarten, daß die politischen Beziehungen dieser Staaten das Stadium verlassen, in dem sie sich nach der Ablehnung der Warschauer Konferenz von seiten Finnlands befanden.

Die Teilnahme Litauens bleibt noch offen.

Die litauische Presse meldet, daß die litauische Regierung die lettische Regierung ersucht hat, die Konferenz der Außenminister wegen der Pariser Reise des litauischen Ministerpräsidenten Galvanauskas zu verlegen. Die Konferenz wird trotzdem nicht verlegt werden. Nach einer Kownoer Meldung bleibt die Teilnahme Litauens an der Konferenz vorläufig offen. Wie die Regierungspresse meldet, wird die Teilnahme Litauens an der Baltenkonferenz der allgemeinen Taktik der Regierung auf dem Gebiete der polnisch-litauischen Politik angepaßt sein.

Gesandter Jodko über die Aufgaben der Konferenz.

Der Rigaer polnische Gesandte Jodko hat einem Mitarbeiter des „Kurjer Polski“ folgende Informationen über die Baltenkonferenz erteilt: Die Konferenz wird ein neues Glied in der Kette sein, die Finnland, Estland, Lettland und Polen immer enger verbindet. Die Konferenz, die drei Tage dauern wird, umfaßt in der sehr reichhaltigen Tagesordnung eine ganze Reihe von konkreten Punkten, die darauf hinzielen, eine Verständigung in wirtschaftlicher Hinsicht, ferner bezüglich der Abrüstung zu Wasser und zu Lande, in der Paßfrage, in der Beseitigung der Formalitäten, die die Einreise baltischer Bürger erschweren, in der Frage der Wechselgesetzgebung usw. herbeizuführen. Bei dieser Gelegenheit werden auch sicherlich die zwischen den einzelnen Ländern noch unerledigt gebliebenen politischen Fragen besprochen werden. Das Programm umfaßt auch eine Reihe von Festlichkeiten. U. a. gibt die polnische Gesandtschaft in Riga einen Empfangsabend für die Mitglieder der Delegationen aller Staaten, die an der Konferenz teilnehmen.

Es ist zu erwarten, daß, obwohl der Warschauer Vertrag nicht in Kraft getreten ist, doch schon allein die Tatsache, daß die Baltenstaaten immer wieder nach einigen Monaten zusammenkommen, um alle interessierenden Angelegenheiten zu besprechen, davon zeugt, daß die Annäherung durch die Macht der Notwendigkeit vorwärts gebracht wird. Besonders eine solche Tatsache, wie die Verständigung bezüglich der Stellungnahme auf der Abrüstungskonferenz in Moskau beweist, daß der Einklang der Interessen der Baltenstaaten bereits den Gedanken des Baltenbundes verwirklicht.

und gar mit Füßen getreten werden. Ebensowohl von derartigen Gesichtspunkten und Gefühlen wie vom Standpunkt der Religion ausgehend, hatte Papst Pius XI. seinen Vermittlungsschritt unternommen, der freilich bei dem „großen Republikaner“ an der Seine auf höhnische Abweisung stieß. Man erinnert sich bei einem geschichtlichen Rückblick an das Auftreten des edlen Papstes Innocenz XI. gegen den großen Theaterkönig Ludwig XIV., der weder weltliche noch geistliche Rechte achtete und am Rhein mit Feuer und Schwert wütete. Wie damals Innocenz XI., so verabscheut jetzt Pius XI. die französische Eroberungswut, die fremde Freiheit zerstampft und in unersättlichem Drange immer neuen Machtgewinn erstrebt. „Eine der stärksten geistigen Mächte der Welt stellt sich gegen uns“, so klagte ein führendes französisches Oppositionsblatt.

Um nicht parteiisch zu erscheinen, hat die römische Kurie dieser Tage auch eine direkte Einwirkung auf Deutschland begonnen, deren Träger, der Münchener päpstliche Nuntius Pacelli, in Berlin mit der Regierung verhandelt. Es handelt sich um die Stellung zu dem sogenannten „aktiven Widerstand“. Die Franzosen und was ihnen anhängt, suchen es so hinzustellen, als wenn der Papst umgeschwenkt wäre und sich gegen Deutschland wende. Aber dem ist nicht so. Denn mit dem aktiven Widerstand hat die deutsche Regierung nicht das geringste zu tun. Jede Einwirkung auf die Eisenbahner im Ruhrgebiet und am Rhein ist ihr unmöglich und übrigens verlangt der passive Widerstand durchaus nicht eine Ergänzung durch den aktiven, der zu verwerfen, psychologisch allerdings nach dem, was Frankreich dem deutschen Volke angetan hat und noch antut, nicht unverständlich ist. Wenn also eine Erklärung der Regierung Cuno gegen den aktiven Widerstand zustande kommen sollte, so wäre dies ein Schritt, der zu begrüßen wäre und die Aussichten der deutschen Sache auf internationalem, d. h. nichtfranzösischem Boden, nur verbessern könnte.

Vertragsschluß zwischen Polen und der kleinen Entente.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Belgrad: Das südslawische Außenministerium hat am Mittwoch offiziell bekannt gemacht, daß die Tagung der kleinen Entente am 26. Juli in Sinaja stattfinden wird, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse dazwischen treten. Die Tagung wird sich neben Fragen der Außenpolitik der kleinen Entente mit der Angelegenheit des Beitritts Polens zur kleinen Entente befassen. Nach der Beendigung der Konferenz sollen die Vertreter der kleinen Entente und Polens zusammenkommen, um ein **Bündnisvertrag zwischen der kleinen Entente und Polen** zu unterzeichnen. Der „Rzeczpospolita“ erscheint es zweifelhaft, daß ein amtliches jugoslawisches Kommunikat so etwas ankündigt.

Der bevorstehende Rücktritt des Außenministers Seyda

wird erst wahrscheinlich in zehn Tagen erfolgen, weil Ministerpräsident Witos am Sonnabend nach Wierzchosławice gereist ist, wo er ungefähr eine Woche verweilen wird.

Dmowski Außenminister?

Im Zusammenhang mit den Genfer Verhandlungen wurde im Sejm von der bevorstehenden Demission des Außenministers Seyda gesprochen. Es heißt, daß Seyda selbst die Absicht geäußert habe, seine Demission zu geben, wozu ihn in erster Linie die Wendung, die die Danziger Verhandlungen in Genf genommen haben, veranlassen würden. In Sejmkreisen wird Roman Dmowski als sein Nachfolger genannt.

Endgültige Regelung des Verhältnisses Polens zu Danzig.

Der Völkerbundsrat setzte am Sonnabend seine Danziger Besprechungen fort. Der spanische Botschafter in Paris wünschte als Berichterstatter im Namen des Völkerbundsrates, daß die Verhandlungen zwischen Polen und Danzig eine günstige Wendung nehmen. Die gerechtfertigten Ansprüche Polens müßten berücksichtigt und die Rechte Polens gegenüber Danzig vollständig gesichert, gleichzeitig müsse **jedoch auch die Existenz der Freistadt verbürgt** werden. Der Danziger Hafen müßte ebenso zur Hebung des Wohlstandes Polens als auch Danzigs beitragen. Der Völkerbundsrat gab sein Gutachten dahin, daß alle Konflikte zwischen Polen und Danzig dem Oberkommissar in Danzig vorgestellt werden, der dann in jedem Einzelfalle bestimmen soll, ob er zu einer Entscheidung zuständig ist. Übrigens bilde der Vertrag vom November 1920 eine genügende Grundlage für die Regelung der Beziehungen zwischen Polen und Danzig. Sollten sich aus der Interpretierung dieses Vertrages Zweifel ergeben, dann müßten die Bestimmungen des Artikels 104 des Versailler Vertrages herangezogen werden. Diese Meldung aus Genf versieht der „Kurjer Polski“ mit der Bemerkung, daß sie die **Niederlage des polnischen Standpunktes** auf der ganzen Linie bedeute. Hingegen versieht die „Rzeczpospolita“ die gleiche Meldung kühn mit der Überschrift **„Sieg Polens in der Danziger Sache.“** Beide Auffassungen schießen über das Ziel hinaus. Die Entscheidung wird offenbar beiden Teilen gerecht.

Die Verhandlungen zwischen Polen und Danzig

hinsichtlich des Hafenrates, der Berechtigungen polnischer Bürger in Danzig sowie hinsichtlich der Zollfragen sollen in Genf beginnen und vielleicht nach Danzig verlegt werden. Der Präsident Sahm hat dem polnischen Oberkommissar Pluciński die Aufhebung aller polizeilichen Ausnahmevorschriften vorgeschlagen. Als Gegenleistung sollen die Meldevorschriften für Danziger in Polen aufgehoben werden. Pluciński hat den Vorschlag an seine Regierung weitergegeben.

Ministerreise nach Danzig.

Am Freitag reiste Olpiński, der Vizeminister für innere Angelegenheiten, nach Danzig, um persönlich nachzuprüfen, wie weit die Beschwerden über die Schikanen der Zollbeamten in Dirschau gegenüber polnischen Bürgern, die an die See reisen, berechtigt sind.

Polen eröffnet die Hungerblockade gegen Danzig.

Am Sonnabend sind alle Lebensmittelsendungen nach Danzig zurückbehalten worden. Die polnischen Grenzbehörden werden vom 10. Juli ab keine Exportwaren nach Danzig lassen, wenn nicht die Frachtbriefe einen Vermerk der polnischen Regierungskasse in Posen oder Dirschau darüber enthalten werden, daß den polnischen Devisenvorschriften Genüge geleistet worden ist.

Republik Polen.

Gründung einer Luftschutzliga.

In Warschau wurde am 4. Juli eine Liga für den Luftschutz des Staates (Liga Obrony Powietrznej Państwa) gegründet. Die Gründungsversammlung wurde von den früheren Ministern Jasiński und Jastrzębski geleitet. Es wurden Aufsichtsrat und Verwaltung gewählt. Major Pietraszek sprach für die Luftfahrergruppe des Technikerverbandes, die mit der neuen Liga zusammenarbeiten wird. Auf der nächsten Luftfahrerversammlung wird ein Referat gehalten werden über das Thema „Die Rohstoffvorräte für den Bau von Flugzeugen in Polen“.

Linde führt Grabskis Finanzpolitik weiter.

Der neue Finanzminister Linde wird sich mit Ausnahme der Złotypolitik an das Programm des Finanzministers Grabski halten. In einigen Fällen wird der Złotymaßstab beibehalten werden. Das betrifft vor allem die langfristigen Kredite. In dieser Frage verhandelt Minister Linde mit der Sejmmehrheit.

Maßnahmen gegen die Teuerung.

In der Sonnabendsitzung des Ministerrates wurde unter anderen Fragen die Bekämpfung der Teuerung besprochen. Der Ministerrat beschloß **Zollermäßigungen und die Einführung von Eisenbahn- und Seetransporterleichterungen durch Beschleunigung der Transporte und Herabsetzung der Tarife.**

Gegen Spekulation und Wucher.

Der „Przegląd Wieczorny“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Innenminister Dr. Kiernik über die gegenwärtige Teuerungspolitik der Regierung. Der Minister erklärte, daß der Kurs der Regierungspolitik gegenüber Spekulation und Wucher verschärft worden sei. Die Zahl der Urteile und der den Gerichten überwiesenen Strafsachen habe zugenommen. Die Regierung erstrebe eine schnelle Rechtsprechung durch Bildung von speziellen Wuchergerichten. Ferner habe die Regierung einer Reihe von Konsumorganisationen Barkredite gewährt. Demnächst soll ein Konsumentenrat ins Leben gerufen werden.

Gegen den Valutaschmuggel über Dirschau.

Der Vorsitzende der Warschauer Devisenkommission, Statkiewicz, ist nach Dirschau abgereist, um an Ort und Stelle die Angelegenheit der Verhinderung des Valutaschmuggels zu regeln.

Die Teilnehmer der Finanzkonferenz von Spala.

An den Finanzberatungen in Spala haben von seiten der Regierung Ministerpräsident Witos und die Minister Głąbiński und Linde teilgenommen, von seiten des Sejm und des Senats Zdziechowski, Osiecki, Byrka, Karpiński und Adelman. Außerdem war Zygmunt Chrzanowski und Steczkowski zugegen.

Witos für Herabsetzung der Mieten.

Ministerpräsident Witos hat gegen die Zweckmäßigkeit des Mieterschutzgesetzentwurfes gewisse Bedenken geäußert. Die im Entwurf vorgesehenen Mietssätze erscheinen dem Ministerpräsidenten zu hoch. Deshalb hat er eine nochmalige Überprüfung des Entwurfes angeordnet.

Kürzung der Reservistenübungen.

Der Kriegsminister hat den Termin für die Ausbildung der Reservisten von acht auf vier Wochen herabgesetzt.

Bundesrat Calonder in Warschau.

Ministerpräsident Witos empfing am Freitag nachmittag den Vorsitzenden der deutsch-polnischen Oberschlesienkommission und früheren Präsidenten des Schweizer Bundesstaates, Calonder. Zum Schluß der Unterredung bedauerte Calonder, daß er nicht auch vom Staatspräsidenten empfangen werden konnte, da dieser in Warschau nicht zugegen sei. Calonder besuchte dann den Außenminister Seyda, der mit ihm Fragen besprach, die die Ausführung der Genfer Konvention betrafen. Der Außenminister gab zu Ehren Calonders ein Frühstück, an dem u. a. oberschlesische Delegierte teilnahmen.

Eine neue Dreistigkeit der „Agencja Wschodnia“.

Die „Agencja Wschodnia“ meldet unterm 6. Juli folgendes: „Der unermüdliche Polenfresser und treue Diener der deutschen Auslandspolitik, jetzt Warschauer Korrespondent des Ullstein-Verlages, Max Theodor Behrmann, veröffentlicht heute in der „B. Z. am Mittag“ eine Korrespondenz aus Warschau unter dem Titel „Polnische Wirtschaft“. Diese Korrespondenz zeichnet sich durch besonders aggressiven Ton bezüglich Polens aus und übertrifft alle seine bisherigen Auslassungen über dieses Thema. Behrmann überfällt in einer in journalistischen Gebräuchen bisher ungekannten Weise die „Agencja Wschodnia“, besonders aber ihre Vertretung in Berlin. Er knüpft an eine objektive (?) Depesche der Berliner Zweigstelle der Agencja Wschodnia über den Mord in Dortmund an, der sich als eine der Handlungen aktiver Resistenz (?) darstellt, die in der gesamten deutschen Linkspresse und demokratischen Presse verurteilt wird (den Ullstein-Verlag nicht ausgenommen) und fragt, ob das polnisch-französische Bündnis von halbamtlichen polnischen Organen eine Konkurrenz mit der unanständigen Pariser Boulevard-Presse-Konkurrenz verlangt und schlägt vor, der polnische Finanzminister möge sich bemühen, daß die Berliner Vertretung der „Agencja Wschodnia“ nicht aus Steuern polnischer Bürger bezahlt werde, sondern aus dem großen Topf der französischen Pressekorruption. Als weiteres Beispiel für die polnische Unkultur weist er auf den Abbruch der orthodoxen Kirche auf dem Sachsenplatz in Warschau hin und stellt diesem Fall den Umbau der Hagia Sofia in eine türkische Moschee gegenüber. Endlich brandmarkt er in geschmackloser Weise den angeblichen Antisemitismus in Polen.“

Kommentar dazu.

Im Anschluß an diese „sensationelle“ Meldung muß bemerkt werden, daß sich die „Agencja Wschodnia“ direkt der **Entstellung der Tatsachen** schuldig macht, vorzüglich was ihre angeblich „objektive“ Depesche über den „Mord“ in Dortmund anbetrifft. Das „Posener Tageblatt“ hat bereits in seiner Nr. 132 vom 15. Juni unter der Überschrift „Eine Dreistigkeit“ die Berliner Zweigstelle der „Agencja Wschodnia“ entlarvt. Dort wurde festgenagelt, daß diese famose Agentur am 11. Juni eine Meldung über die Tötung von zwei französischen Sergeanten oder Feldwebel oder „Adjutanten“ oder was sie nun waren, in Dortmund brachte, in der nicht weniger und nicht mehr behauptet wurde, als

1. daß diese **Ermordung vom Reichskanzler Cuno veranlaßt war,**

2. daß die **deutsche Staatsanwaltschaft** eine hohe Belohnung nur deshalb aussetzte, **um die Verantwortung auf seitab liegende Faktoren abzuwälzen,** und

3. daß es sich um einen **Racheakt für die Erschießung Schlageters** handelte, der ausgerechnet an diesen beiden Sergeanten vollzogen wurde.

Man bedenke, daß es sich um eine Meldung der **Berliner** Agentur der A. W. handelte.

In ihrer Meldung vom 6. Juli sucht die A. W. diesen klaren Tatbestand, der mit Druckerschwärze auf Papier in einer ganzen Anzahl von polnischen Blättern **unwiderrufen festgelegt** ist (wir haben Exemplare hier auf der Redaktion. Sogar im „Dziennik Berliński“ standen diese Frechheiten!!), zu verwischen. Der „Mord“ soll jetzt auf einmal „eine der Handlungen aktiver Resistenz darstellen, die in der gesamten deutschen Links- und demokratischen Presse verurteilt werden“. Nun stellt aber der Dortmunder Vorfall keinesfalls eine „Handlung aktiver Resistenz“ dar, ja anscheinend handelt es sich überhaupt um gar keinen überlegten Mord, denn **die Franzosen erklärten** selbst, die beiden Sergeanten seien nach vorausgegangenem Wortwechsel im Streit erschossen worden. Der deutschen Polizei wurde jede Untersuchung des Tatbestandes unmöglich gemacht. Im übrigen bedeutet die jetzige Darstellung der A. W., wenn auch in verschleierter Form, einen glatten Widerruf ihrer damaligen Ergüsse. Die Agentur hatte wohl angenommen, daß ihr dreistes Telegramm der Aufmerksamkeit deutscher Blätter entgehen würde. Vielleicht wäre dies auch so gekommen, wenn nicht die Wachsamkeit der deutschen Presse in Polen durch gewisse Umstände außerordentlich geschärft wäre. Die Schriftltg. des „Pos. Tagebl.“.

Ein neuer Lösungsversuch für das Minderheitenproblem.

Der Präsident der Völkerbundsligen, Sir Willoughby Dickinson, erklärte in einem Interview über die Frage der nationalen Minderheiten folgendes: „In der Frage der nationalen Minderheiten hat sich im letzten Jahre insofern eine Wandlung vollzogen, als wohl die Regierungen der Staaten, in denen es solche Minderheiten gibt, heute größere Bereitwilligkeit als früher an den Tag zu legen scheinen, den Wünschen und Forderungen derselben entgegenzukommen, andererseits aber der Antagonismus zwischen nationaler Minderheit und nationaler Mehrheit eine beträchtliche Verschärfung erfuhr. Diese zweite ungünstige Entwickelung ist auf die Enttäuschung zurückzuführen, welche die Minoritäten über das langsame Tempo empfinden, mit der man an die Erfüllung ihrer Forderungen geht, eine Tatsache, die durch den Mangel an versöhnlichem Geiste in den Massen der herrschenden Nationen erklärt erscheint. Die Regierungen sind versöhnlicher als die Völker, aber die Gesinnungen der Völker üben eine natürliche Rückwirkung auf die Regierungen.

Meine Freunde und ich haben schon vor zwei Jahren einen Antrag auf Einsetzung einer permanenten Spezialkommission des Völkerbundes zum Studium der Probleme der nationalen Minderheiten eingebracht, der aber damals vom Völkerbunde deshalb abgelehnt wurde, weil man der Ansicht war, die Konstituierung einer solchen Kommission würde den Friedensverträgen zuwiderlaufen. Wir glauben jedoch auch heute noch, daß nur eine solche Kommission allein imstande wäre, die Härten zu beseitigen oder wenigstens zu mildern, die gegenwärtig die nationalen Minoritäten bedrücken. Darum haben wir diesen Vorschlag auch diesmal erneuert. Das Problem, das für so viele Länder und Völker Europas von größter Wichtigkeit ist, könnte aber auch durch die Konstituierung von gemischten Kommissionen gelöst werden, welche die betreffenden Regierungen aus sich selbst heraus zum Zwecke der Schlichtung der strittigen Minoritätenfragen zu bilden hätten. Jede dieser Regierungen hat es ja nicht bloß mit den nationalen Minderheiten im eigenen Lande zu tun, sondern auch mit dem Schicksal ihrer Landsleute, die in einem Nachbarstaat selbst eine Minderheit bilden.

Gelegentlich des letzten Kongresses der Internationalen Union der Völkerbundsligen glaubte ich wahrnehmen zu können, daß man den Plan der Bildung solcher gemischter Kommissionen mit Sympathie gegenüberstehe. Ein Vertreter von Estland sagte mir zum Beispiel, daß er nicht bloß großes Interesse an der Minoritätenfrage nehme, weil Estland eine kleine Minorität von deutschen Balten besitze, sondern auch deshalb, weil Estländer eine nationale Minorität in Rußland bilden. Aus diesem Grunde hielt er es für unerläßlich, daß Rußland dieselben Verpflichtungen auferlegt würden wie Estland. Das gleiche gilt von Polen, wo die Deutschen sich über die durch die herrschende Nation erlittene Behandlung beklagen, während anderseits die Polen über die Behandlung Klage führen, die ihren Konnationalen durch Deutschland zuteil wird. Wenn nun die polnische und deutsche Regierung sich dazu verstehen wollten, über das Schicksal der Volksangehörigen in beiden Ländergebieten in einer gemischten Kommission freundschaftliche Beratungen zu pflegen, so könnte vielleicht ein Weg gefunden werden, um die strittigen Fragen zur beiderseitigen Zufriedenheit aus der Welt zu schaffen. In ähnlicher Weise könnten die Minderheitsprobleme zwischen Rumänien und Ungarn zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn verhandelt werden. Die Idee dieser gemischten Kommissionen lehnt sich an die sogenannten Mandatskommissionen an, wie sie für die Mandatsgebiete vorgesehen sind. Auch auf dem gegenwärtigen Kongreß hat es sich wieder gezeigt, daß alle solche Zusammenkünfte von Vertretern der verschiedenen Nationen ungemein segensreich wirken. Die persönliche Berührung biete wie im Einzelleben so auch im Leben der Nationen unermeßliche Vorteile und ebnet den Weg zu besserem Verständnis der wechselseitigen Interessen.“

Neue Provokationen Deutschlands.

Die Mainzer Bluturteile bestätigt.

Die Revision, die von den vom Mainzer Kriegsgericht am 29. Juni wegen angeblicher Sabotageakte zum Tode verurteilten sieben Angeklagten sowie von einem zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Angeklagten eingeleitet worden war, ist vom Revisionsgericht der französischen Rheinarmee in Düsseldorf nach kurzer Verhandlung verworfen worden. Der Verteidiger der Angeklagten war nicht anwesend.

Das Großkreuz der Ehrenlegion für Degoutte.

General Degoutte wurde das Großkreuz der Ehrenlegion verliehen.

Verlängerung der Verkehrssperre um 6 Wochen.

Wie deutsche Blätter erfahren, soll die von den französischen und belgischen Kommandos verhängte Verkehrssperre im besetzten Gebiet um weitere 6 Wochen (!) verlängert werden mit der Begründung, daß das Duisburger Eisenbahnunglück noch nicht aufgeklärt sei. Regierungspräsident Dr. Grützner hat an den päpstlichen Delegierten Monsignore Testa ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die nachteiligen Folgen der Verkehrssperre für die Versorgung des Gebietes mit Nahrungsmitteln hinweist.

Neue Vorstellungen des Papstes an die Adresse Frankreichs.

Auf die Nachricht von verschärften Maßregeln der französischen und belgischen Regierung in den besetzten deutschen Gebieten wegen des Attentats vom 30. Juni hat, wie aus Rom gemeldet wird, die Kurie die Nuntiaturen in Paris und Brüssel telegraphisch

angewiesen, bei der französischen und belgischen Regierung Vorstellungen zu erheben und mitzuteilen, Seine Heiligkeit erwarte, daß keine Maßregeln ergriffen würden, die zu noch stärkerer Erbitterung der Gemüter mit entsprechenden schmerzlichen Folgen führen könnten.

Ein französisch-belgischer Schritt in Berlin.

Am Abend des 6. Juli erschienen im Auswärtigen Amt in Berlin der belgische Gesandte und nach ihm der französische Botschafter, um mündlich die Explosion auf der Rheinbrücke bei Duisburg zur Sprache zu bringen. Die belgische und die französische Regierung fordern, daß die Reichsregierung das „Attentat" auf der Duisburger Brücke mißbillige und alles unternehme, um die Täter zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Der deutsche Außenminister antwortete, daß der Vorfall bei Duisburg der deutschen Regierung bisher nur aus Zeitungsmeldungen bekannt sei. Ihre Versuche, sich ein klares Bild davon zu verschaffen, seien gescheitert, was nicht zu verwundern sei, da die deutschen Lokalbehörden keinerlei Möglichkeit hätten, den Sachverhalt an Ort und Stelle nachzuprüfen. Aber selbst, wenn an dem Vorfall Deutsche beteiligt gewesen sein sollten, könne nicht zugegeben werden, daß die deutsche Regierung irgendeine Verantwortung dafür trage oder in irgendeiner Weise zu derartigen Akten ermutigt habe. Die von der deutschen Regierung nach Beginn der Ruhraktion erlassenen Verordnungen seien nicht die Ursache, sondern die Folge des spontanen, aus der Seele der Bevölkerung emporgewachsenen Widerstandes.

Poincaré gegen den Papstbrief.

In der Kammer verbreitete sich Poincaré über den Papstbrief und erklärte, daß der Papst an den Geist der Gerechtigkeit und der Charitas im gegenwärtigen Augenblick habe appellieren wollen. Ihm gegenüber habe der französische Botschafter in Rom die Rechte Frankreichs betont. Die These, die der Papst unterstützt habe, nähere sich den Thesen gewisser Verbündeter, sei aber nicht die Frankreichs. Der Brief des Papstes sei in Frankreich nicht günstig aufgenommen worden, während man ihn in Deutschland als Ermutigung angenommen habe. Der Papst habe geglaubt, Frankreich politische Ratschläge erteilen zu müssen. Diese könnten keinen wirksamen Einfluß ausüben, denn der Papst habe keine Autorität in weltlichen Dingen. Jedoch habe die französische Regierung deswegen nicht die Absicht, die Botschaft am Vatikan aufzuheben.

Frankreichs Furcht vor Baldwin.

Poincaré empfing am Freitag nachmittag den englischen Gesandten Lord Crewe und unmittelbar darauf den amerikanischen Botschafter Herrick. Diese Tatsache hat in politischen Kreisen große Beunruhigung hervorgerufen. Es wird allgemein angenommen, daß diese Konferenzen **mit der Absicht Englands, die Vereinigten Staaten für eine eventuelle gemeinsame diplomatische Aktion gegen Frankreich zu gewinnen, in Verbindung stehen.** Gleichzeitig tritt eine Beunruhigung hinsichtlich des Standpunktes des englischen Ministerpräsidenten **Baldwin** zutage. Man nimmt an, daß Baldwin für den Fall, daß sich die französisch-englischen Verhandlungen zerschlagen sollten, die offizielle Erklärung abgeben wird, daß England beim besten Willen mit Frankreich in der Ruhr- und Entschädigungsfrage nicht zusammenarbeiten kann. Eine solche Erklärung Baldwins würde Mitte dieser Woche zu erwarten sein, wobei die englische Regierung den seinerzeit nach Paris gesandten Fragebogen öffentlich bekanntgeben würde.

Englands Plan nach dem Bruch mit Frankreich.

Nachdem in den letzten Wochen mehrfach Zweifel an dem Eintreten Mac Kennas in das Kabinett laut geworden sind, heißt es jetzt — nach einem Eigenbericht des „Berl. Tagebl." aus London — mit großer Bestimmtheit, daß die Annahme des Schatzkanzleramtes durch Mac Kenna für Ende dieses Monats zu erwarten ist. Ferner wird bekannt, daß Mac Kenna in der letzten Zeit mehrere Unterredungen mit Baldwin gehabt hat. Wie man auch in Paris weiß, hat Mac Kenna für den Fall, daß eine Einigung zwischen Frankreich und England nicht zustande kommt, ein **neues Aktionsprogramm für die englische Regierung ausgearbeitet.** Die „Financial News" machen eingehende Mitteilungen über diesen Plan. Der Artikel des Blattes trägt die Überschrift: „Mac Kennas Ansichten über die Reparationen" und hat folgenden Inhalt: Sollte es keine Hoffnung mehr auf ein Kompromiß mit Frankreich geben, dann würde die englische Regierung eine **internationale Konferenz einberufen, die den Betrag festzustellen** hätte, den Deutschland vernünftigerweise zahlen könnte. Auf dieser Konferenz würden die Alliierten, die Vereinigten Staaten, Deutschland und die führenden neutralen Mächte vertreten sein. Frankreich werde die Wahl gelassen, ob es einen Vertreter oder einen bloßen Beobachter auf die Konferenz entsenden wolle. Die Konferenz werde eine Kommission bekannter Sachverständiger ernennen, die den Höchstbetrag der deutschen Zahlungsfähigkeit festzusetzen habe. Auf der Grundlage des Kommissionsberichtes soll dann ein allgemeiner Plan für die Regelung der Reparationen und der alliierten Schulden ausgearbeitet werden. Wenn Frankreich seine eigene Methode, Deutschland zum Zahlen zu bringen, weiter verfolge, dann werde es sich der Gefahr einer vollkommenen Isolierung aussetzen, wie Deutschland sich durch die imperialistische Politik der Hohenzollern isoliert habe. Sollte Frankreich unbeugsam bleiben, dann werde **der nächste Schritt Englands sein, sich mit den Vereinigten Staaten über die Bezahlung der französischen Schulden zu einigen.** Wenn Frankreich trotzdem lieber seine Schulden nicht bezahlen als seine Forderungen an Deutschland herabsetzen wolle, dann werde der nächste Schritt Englands, Italiens und der anderen Mächte sein, einen Sondervertrag mit Deutschland abzuschließen. Trotz der Besetzung des Ruhrgebiets werde Deutschland mit Hilfe einer gebührenden äußeren Unterstützung und nach einer gewissen Atempause imstande sein, vernünftige Jahreszahlungen zu leisten. **Der französische Anteil an den deutschen Bezahlungen werde dann zur Abdeckung der französischen Schulden an England und an die Vereinigten Staaten verwendet werden.** Die „Financial News" fügen hinzu, es wäre sehr zu bedauern, wenn Frankreich die englische Regierung zu solchen Maßnahmen zwingen würde.

England will Deutschland im Völkerbund sehen.

Die englische Regierung hat in Berlin einen Fühler ausgestreckt, um festzustellen, ob die Reichsregierung unter Umständen geneigt sei, in den Völkerbund einzutreten. Über diese Frage ist bereits mit den Führern der Arbeitsgemeinschaft gesprochen worden. Innerhalb der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft herrscht, wie in parlamentarischen Kreisen versichert wird, grundsätzliches Einverständnis unter der Voraussetzung, daß an einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht etwa das deutsche Zugeständnis geknüpft wird, daß die Verwaltung der Rheinlande durch den Völkerbund übernommen wird. Weiter verlautet, die Reichsregierung habe ihre Zusage zu einem Eintritt in den Völkerbund von folgenden zwei Punkten abhängig gemacht:

Erstens dürfe kein neues Schuldbekenntnis verlangt werden; zweitens müsse Deutschland die Zusage gegeben werden, daß es als gleichberechtigtes Mitglied auch in den Völkerbundsrat eintreten könne.

Große Nervosität in Paris.

In der Mehrzahl der Blätter kommt eine ziemlich lebhafte Nervosität zum Ausdruck und die Frage, wie England sich zu der möglichen Erwiderung auf das Frage-Memorandum verhalten wird, wird verschiedentlich ziemlich pessimistisch beantwortet. Einen starken Eindruck machten abends die Mitteilungen von dem **Besuch des italienischen Gesandten** im Foreign Office. Man glaubt versichern zu können, **daß Italien der englischen Politik Folge leistet.**

Das „Petit Journal" befürchtet, daß man in Londoner Kreisen über das französische Verfahren sehr erstaunt sei und nun geltend machen wird, daß, wenn Frankreich und Belgien einen klaren, genau umrissenen Standpunkt vertreten, es für beide Länder nicht gefährlich sei, in einer schriftlichen Erklärung zum Ausdruck zu bringen, was die Botschafter bereits in mündlichen Erläuterungen abgegeben haben. Die Auffassung wurde dem Pariser Blatte von einem Mitglied der Regierung gestern im Unterhause mitgeteilt. Es macht sich mehr und mehr die Vermutung breit, **daß Poincaré um jeden Preis Zeit zu gewinnen sucht,** weil er die Hoffnung hat, daß die Lösung hinausgeschoben werden kann. Doch sei die englische Regierung nicht unvorbereitet, **wenn die** noch im Gang befindlichen **Verhandlungen schnell abgebrochen werden sollten.** Im Gegenteil, sie hat ein Aktionsprogramm festgelegt, das aus den Besprechungen Baldwins mit Mac Kenna hervorgegangen sei. Der Londoner Berichterstatter der „Petit Parisien" erklärt gleichfalls, daß in London große Enttäuschung geherrscht habe. In den englischen politischen Kreisen macht man nach wie vor geltend, daß die englische Regierung auf eine schriftliche Erklärung Anspruch erheben könne.

Nach dem „Daily Telegraph" scheinen die Franzosen tatsächlich zu verstehen, daß das deutsche Memorandum beantwortet werden muß. Was im wesentlichsten interessiert, scheint eine **formelle und bedingungslose Kapitulation Deutschlands** zu sein. Sie wollen darüber Rechenschaft geben, daß der Zusammenbruch der Mark und die innere Zerrüttung höchstwahrscheinlich den Bürgerkrieg in Deutschland zur Folge haben wird, wenn die augenblickliche Situation sich noch etwas in die Länge zieht. Auf diese Ereignisse würde dann wohl eine Unterwerfung des Berliner Kabinetts folgen.

Zu Beginn der nächsten Woche wird für die Entente die Entscheidungsstunde schlagen, heißt es in einem Pariser Blatte.

Tirpitz über die amerikanische Marine.

In englischen Marinekreisen wird die Ansicht ausgesprochen, daß das zwischen England, Amerika, Japan und Frankreich abgeschlossene Marineabkommen in einzelnen technischen Punkten seitens der Amerikaner nicht ganz eingehalten worden sei. Um in dieser Frage die Ansicht einer unparteiischen ersten Autorität zu erfahren, wandte sich der bekannte Vertreter des Hearst-Konzerns, Herr von Wiegand, an den Großadmiral von Tirpitz und legte ihm folgende Fragen vor:

1. Ist der englische Einwand gegen die vergrößerte Reichweite der amerikanischen Marinegeschütze nach dem Viermächtevertrag berechtigt oder nicht?

2. Wie denken Sie über die kürzlichen Bemerkungen des Admirals Sims, des Führers der amerikanischen Flotte im Weltkriege? (In dieser Rede hatte Admiral Sims angeführt, daß nach seiner genauen Kenntnis keinerlei authentische Meldungen über deutsche U-Bootgrausamkeiten vorlägen und daß alle derartigen Erzählungen lediglich Kriegspropaganda seien. D. Schriftltg.)

Auf die erste Frage antwortete Großadmiral von Tirpitz, er verstehe nicht, wie angesichts der engen Freundschaft zwischen England und den Vereinigten Staaten die Einführung der neuen Geschützreichweiten auf den amerikanischen Kriegsschiffen beanstandet werden könne. Er kenne nicht die mündlichen Verhandlungen von Washington, aber soweit der offizielle Text des Viermächtevertrages bekannt sei, sehe er in dem Vorgehen der Vereinigten Staaten keine Verletzung des Vertrages; es wäre denn, daß die Vereinigten Staaten das Kaliber und die Anzahl der Geschütze und die vereinbarte Aufstellung zu ändern beabsichtigten.

Was die Rede des Admirals Sims betrifft, so sagte der Großadmiral von Tirpitz, er wäre schon in einem sehr frühen Stadium des Weltkrieges zu der Überzeugung gekommen, daß Amerika in irgend einer Form England zu Hilfe kommen werde, um den lästigen Konkurrenten abzutun. Ungeachtet — so schreibt der Großadmiral wörtlich — der großen diplomatischen Fehler, die im Weltkriege seitens Deutschlands gemacht worden sind und eine so lähmende Wirkung auf den Seekrieg ausgeübt hatten, war England um das Jahr 1917 herum infolge der deutschen U-Bootangriffe in eine äußerst gefährliche Situatio geraten, aus der es durch die Intervention der amerikanischen Staaten gerettet wurde. Speziell die Anstrengungen des Admirals Sims haben die deutsche Seekriegsführung zum Stillstand gebracht. Wenn man ferner bedenkt, daß während des Krieges die amerikanische Presse vollständig unter dem Einfluß des ungeheuren Lügenapparates der britischen Presse stand, ein Einfluß, der sich noch jetzt geltend macht, so muß man anerkennen, daß die Rede des Admirals Sims nur Zeugnis ablegt für seine vornehme Gesinnung, die nicht davor zurückschreckt, die Wahrheit zu sagen, selbst wenn sie unangenehme Konsequenzen nach sich ziehen sollte. Der Großadmiral fügte noch hinzu, daß er bei seiner früheren starken Vorliebe für das englische Volk nicht umhin könne, darüber seine Verwunderung auszusprechen, daß in keiner Nachkriegsveröffentlichung in England eine ähnliche vornehme Gesinnung und der Wunsch, endlich einmal die Wahrheit zu sagen, Ausdruck gefunden habe.

Die Rolle Beneschs in Paris.

In Berliner diplomatischen Kreisen mißt man nachträglich einem Artikel große Bedeutung bei, den Philippe Millet vom „Petit Parisien" neulich in dem in deutscher Sprache erscheinenden Organ der tschechischen Regierung, der „Prager Presse", veröffentlicht hat. Der Artikel wird als inspiriert bezeichnet und enthält unter anderem die Andeutung, Deutschland könne auf inoffiziellem Wege den augenblicklichen Stand der französischen Regierung in der Reparationsfrage rein informativ erfahren. Über den Weg, auf dem eine solche Information an Deutschland gelangen könnte, läßt sich aus dem Artikel nichts folgern. Es ist reine Kombination, wenn man damit die Reise des tschechischen Außenministers Dr. Benesch in Zusammenhang bringt. Er wird am 6. Juli abends Prag verlassen und nach Paris reisen. Es soll auch ein Besuch in London vorgesehen sein, und wenn diese Meldung zutrifft, dann dürfte die Reise wohl über den Rahmen der tschechischen Außenpolitik hinausgehen. Von einer Vermittlerrolle Beneschs zwischen Frankreich und England, die schon im vorigen Jahre einmal diskutiert worden ist, wird man wohl kaum sprechen dürfen.

Die Not der deutschen Minderheiten in der Slowakei.

(Von einem gelegentlichen Mitarbeiter.)

Unter den in der Slowakei verstreut liegenden Sprachinseln, auf denen im ganzen etwa 250 000 Deutsche leben, bildet die Zips infolge ihrer historischen Vergangenheit, ihrer alten Kultur, ihrer entwickelten Industrie und der großen Zahl der Deutschen die wichtigste. Wie überall so ergab auch hier die Volkszählung ein falsches Bild. Deutsche mit slowakisch klingenden Namen, oft auch nur solche, die auf slowakische Fragen slowakisch antworteten, wurden ohne weiteres als Slowaken eingetragen. Auf diese Weise konnte die Zahl der mindestens 52 000 in der Zips lebenden Deutschen auf 34 000 herabgedrückt werden. Um eine weitere Verringerung des Prozentsatzes der Deutschen herbeizuführen, wurde eine Teilung des Zipser Komitats vorgenommen. Der nördlichere Teil der Zips kam zu Liptau, Gömör und Arva, der südlichere Teil zu Abauj und Saros. Die einheimischen Beamten wurden entlassen, pensioniert oder versetzt, andere an ihre Stelle gebracht, so daß heute die Verwaltungs- und die sonstigen Beamten sehr oft der deutschen Sprache überhaupt unkundig sind. Um die Selbstverwaltung zu vernichten, wurden alle Städte mit geregeltem Magistrat zu großen Gemeinden umgestaltet, ein Verfahren, das ihren materiellen Untergang nach sich ziehen mußte. Auch den rein deutschen Gemeinden wurde der amtliche Gebrauch der slowakischen Sprache aufgezwungen. Man ging sogar so weit, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen Bekanntmachungen und Aufschriften an Postämtern und Eisenbahnstationen nur in slowakischer Sprache zuzulassen. Viele Leiden erwuchsen den Deutschen in der Zips durch eine systematisch vorgenommene Aberkennung der Staatsangehörigkeit solcher Personen, die der Regierung nicht angenehm waren. Sie wurden durch allerlei Verfolgungen und vielfach auch durch Ausweisung bestraft.

Ein unerträglicher Steuerdruck erhöhte die wirtschaftlichen Nöte. Die nach den Werten von 1920 bemessene Vermögenszabgabe wird heute nach der damaligen Veranlagung eingetrieben, obwohl der Kaufwert der tschechischen Krone um das Fünffache gestiegen ist und die Werte dementsprechend fallen. Durch Tarifbegünstigungen der tschechischen Industrie sucht man die Zipser Industrie, sowohl in bezug auf die fertigen Produkte, als auch durch eine Extrabesteuerung der Rohmaterialien, Kohle, Öl usw. zu unterdrücken. Infolgedessen mußten die Betriebe in sämtlichen Fabriken, Säge-, Hütten- und Bergwerken eingestellt werden. Durch den Stillstand der großen Industrien ist auch die kleine Industrie lahmgelegt. Sogar die Auszahlung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung erfolgte durchaus parteiisch unter Benachteiligung der deutschen Arbeiter. Die tschechische Regierung läßt sich von der offensichtlichen Absicht leiten, die Zipser Industrie vollkommen zu vernichten und den Markt allein der tschechischen zu sichern. Sie beginnt mit der ökonomischen Vernichtung der Zipser Deutschen, um diese alsdann leichter national vernichten zu können. In welchem Maße durch Staatshilfe die tschechischen Industrien bevorzugt werden, zeigt das Beispiel der deutschen Fabrik Batta. Ihren Arbeitern wurden durch die Regierung Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel zu so niedrigen Preisen zugeführt, daß die Löhne im September 1922 um 50 Prozent erniedrigt werden konnten. Da Batta Geschäfte in allen Städten der Slowakei besitzt, so wurden dadurch zahlreiche Fallissements anderer Firmen und eine allgemeine Erdrückung der deutschen Schuhwarenindustrie in der ganzen Slowakei herbeigeführt.

Hand in Hand damit geht die kulturelle Unterdrückung der Deutschen. Trotz mehrjähriger Anstrengung ist es den Ortschaften Krampach, Möllendorf und Dogschau nicht gelungen, eine deutsche Schule zu gründen. Namentlich Dogschau bildet in dieser Hinsicht ein erschreckendes Beispiel. In dieser rein deutschen Stadt befinden sich lediglich ein slowakischer Kindergarten, eine slowakische Elementarschule und eine tschechische Bürgerschule. An den deutschen Parallelklassen der städtischen Bürgerschule sowie der Handelsschule in Kesemark ist die Zahl der deutschen Lehrkräfte gänzlich ungenügend, zumal diese noch durch kaum etwas deutschsprechende Tschechen ersetzt worden. In Iglo wird die Slowakisierung des deutsch-ungarischen Gymnasiums gewaltsam betrieben. Deutsche Schulinspektren gibt es nirgends, und die tschechoslowakischen sind der deutschen Sprache entweder gar nicht oder nur mangelhaft mächtig. Nicht dem Wunsche der Eltern bleibt es überlassen, ob sie ihre Kinder in deutsche oder slowakische Schulen schicken wollen, sondern dies hängt allein von dem Willen der Schuldirektoren oder -Inspektoren ab. Das Kesemarker Lyzeum läuft bereits Gefahr, geschlossen oder gar verstaatlicht zu werden, weil der Staat mit der Ergänzung der Professorengehälter, trotz öfterer Zusicherung, einfach zurückhält.

Die soziale Bedrückung lastet vor allem auch schwer auf dem Vereinsleben. Man erschwert auf jede Art die Neuorganisation der Vereine. Die Tätigkeit des Karpathenvereins wurde dadurch gehemmt, daß man ihn dem tschechischen Turistenklub unterstellte. Seine Schutzhäuser wurden ihm weggenommen und auch die Markierungen und Wegweisertafeln mit slowakischen Aufschriften versehen.

(Angesichts dieser Tatsachen berührt es eigentümlich, wenn man hört, wie sich das tschechoslowakische Blatt „Czeskie Slowo" in dem kürzlich veröffentlichten Artikel gegen Seyda gegenüber Polen mit seiner Behandlung der Minderheiten rühmt. Die Tschechoslowakei hat offenbar nicht den geringsten Anlaß zu solcher Prahlerei. Die Schriftltg.)

Der Völkerbundssekretär über die Tschechoslowakei.

Sir J. E. Drummond, Generalsekretär des Völkerbundes, weilte vor einiger Zeit wenige Tage in Prag und wurde von einem unserer Mitarbeiter befragt, welchen Eindruck er von den politischen Verhältnissen dieses Staates erhalten habe. Drummond bekannte zunächst, daß es ihm in der Kürze seines Aufenthaltes nicht möglich gewesen sei, zu einem abschließenden Urteil zu gelangen; er hätte aber den Eindruck, daß die Tschechoslowakei im Verein mit der Entente ein Element des Friedens darstelle und daß sie bemüht sei, die ihr vom Friedensvertrag den Minderheiten gegenüber auferlegten Verpflichtungen genauestens zu erfüllen. Unsere Frage, ob Sir Eric Drummond diese seine Ansicht auch mit jener der Minderheitenvertreter zu vergleichen Gelegenheit gehabt habe, wurde von ihm verneint; Sir Eric Drummond fügte dieser Bemerkung die Äußerung hinzu, daß die Minderheiten zu ungeduldig die Erfüllung aller ihrer Wünsche beim Völkerbund urgieren; das sei nicht angebracht, man müsse nur **die Entwicklung abwarten,** denn diese zeige eine Tendenz zu ständig fortschreitender Besserung, so daß man hoffen könne, es werde sich hier einmal eine ähnlich nationalpolitische Lage, wie sie die Schweiz aufweise, auskristallisieren. Auf die Einwendung, daß zahlreiche maßgebende Politiker und Parteien der Tschechen das Schweizer Muster nicht nachahmen wollen, entgegnete Sir Eric Drummond, daß sich vorerst die Minderheitenvölker als Tschechoslowaken (analog der Schweiz) fühlen müßten. Auf unsere Bemerkung, daß die Kenntnis der nationalen Verhältnisse unseres Staates ein **langjähriges Studium und Verfolgen der politischen Ereignisse erfordere,** entgegnete der Generalsekretär, daß der Völkerbund keine ständige Kommission zum Studium dieser Fragen in der Tschechoslowakei unterhalten könne. Das verstoße auch gegen den Friedensvertrag. Beschwerden der Minderheiten können nur von Fall zu Fall geprüft werden. So zum Beispiel diene der derzeitige Aufenthalt des Delegierten Pablo de Azearate in der Tschechoslowakei nur dem Spezialstudium der karpatho-russischen Autonomiefrage.

Deutschtum im Auslande.

Schließung deutscher Schulen in der Tschechoslowakei.

Wie die „Vossische Zeitung" meldet, beginnt nach der Beschlagnahme und Schließung der deutschen Mittelschulen in der Tschechoslowakei eine neue Ära. Die beiden in Prag noch bestehenden Gymnasien sollen kassiert und der letzten deutschen Schule einverleibt werden. Das Lehrerseminar in Olmütz nimmt nach mehr als hundertjähriger Tätigkeit keine Schüler mehr an, was faktisch die nahende Schließung bedeutet. Das deutsche Gymnasium in Schöneberg (Mähren) ist ebenfalls geschlossen worden.

Eine deutsche Kirche in Malmö.

In Gegenwart des deutschen Gesandten in Stockholm und zahlreicher schwedischer Würdenträger wurde in Malmö der Grundstein für eine deutsche Kirche gelegt. Die Mittel für den Bau stammen größtenteils aus dem Vermächtnis einer kürzlich verstorbenen Frau. In den Grundstein wurde eine genaue Beschreibung des geplanten Neubaues eingemauert.

Direction der Disconto-Gesellschaft
Berlin.

Unsere Kommanditisten werden hierdurch auf

Dienstag, den 24. Juli 1923, nachmittags 4 Uhr,

zu der diesjährigen

ordentlich. Generalversammlung

nach unserem hiesigen Geschäftshause, Behrenstr. 42 II, eingeladen.

Verhandlungsgegenstände:

1. Vorlage der Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie der Berichte der Geschäftsinhaber und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1922. Beschlussfassung über die Genehmigung der Bilanz, die Gewinnverteilung und über die der Verwaltung zu erteilende Entlastung.
2. Abänderung der Satzung:
   Art. 5 Abs. 2 und 3 (Ausdehnung der Einziehbarkeit von Anteilen durch Ankauf auf sämtliche Kommanditanteile; Streichung der Einziehbarkeit durch Kündigung).
   Art. 21 (Abänderung der Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder).
3. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Kommanditist, zur Stimmenabgabe bei den zu fassenden Beschlüssen sind nur diejenigen Kommanditisten berechtigt, deren Anteile mindestens acht Tage vor Berufung der Generalversammlung im Aktienbuche der Gesellschaft auf ihren Namen eingetragen sind, und welche ihre Anteile — oder Depotscheine der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-Vereins — spätestens einen Tag vor der Generalversammlung entweder bei einem Notar oder **bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin, der Norddeutschen Bank in Hamburg oder dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln, oder bei einer Filiale oder Zweigstelle der vorgenannten Banken an anderen Plätzen, in Posen bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Posen,** oder bei den sonstigen im Reichsanzeiger Nr. 173 vom 4. Juli 1923 veröffentlichten Stellen gegen Bescheinigung bis zur Beendigung der Generalversammlung hinterlegen.

Berlin, den 4. Juli 1923.

Direction der Disconto-Gesellschaft.
Die Geschäftsinhaber:
Dr. **Salomonsohn.** Dr. **Russell.** **Urbig.**
Dr. **Solmssen.** Dr. **Mosler.** **Schlieper.**
Frank. Dr. **Boner.** (7998

Echtes [7995

Manila-Bindegarn

liefert sofort äusserst preiswert ab Lager

Mecentra,
Maschinen-Zentrale des Verbandes landw. Genossenschaften in Grosspolen T. z o. p.,
Poznań, ul. Zwierzyniecka 13.

Zur Anschaffung empfehlen wir:

Posener Sprachführer
Polnisch-deutscher Wegweiser

enthaltend:

Straßen und Plätze — Die wichtigsten Behörden und ihre Abteilungen — Eisenbahn — Elektrische Straßenbahn — Post — Gericht — Allerhand Aufschriften in öffentlichen Gebäuden — Aufschriften auf Geschäftsschildern — Speisekarte — Deusches Register usw.

Preis Mk. 500.—,

nach auswärts mit Portozuschlag unter Nachnahme.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,
Poznań, Zwierzyniecka 6
(fr. Tiergartenstraße).



Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

in ______________________

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Juli 1923

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Achtung! 12 Akte!	**Kino Colosseum** św. Marcin 65.	Achtung! 12 Akte!

 Achtung! — Nur 5 Tage!

Da wir die verehrten Besucher nicht ungeduldig machen wollen in der Erwartung des Endes unseres allentzückenden sensationellen Abenteuerdramas:

„Die Jagd nach dem Tode"

haben wir uns entschlossen, **vom 6. bis 10. Juli** einschliesslich **beide Serien zugleich vorzuführen.**

Achtung! Täglich nur 2 Vorstellungen.

Achtung! 2 Serien zugleich!	Beginn der ersten um 4 Uhr. Beginn der zweiten um 7 Uhr.	Achtung! 2 Serien zugleich!

Offeriere Ia. [7979

Kachelöfen und Kochherde
nebst allen Zutaten,

Wandfliesen, Chamottesteine und -Platten.

Otto Knaack, Ofen- und Blumentopf-Fabrik, **Gniezno,**
Telephon 290. Słomianka 7.

Neu erschienen u. sofort lieferbar:

Schütze, das Posener Land
(Warthe- und Netzegau)
I. Teil: Lage, Aufbau und Entstehung.
Preis M. **12 000.—.**
Nach auswärts unter „Einschreiben" M. **13 500.—** gegen Voreinsendung des Betrages auf **P. K. O. 200 283 franko.**
Zu beziehen durch die
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań
(Abteil. Versandbuchhandlg.), Zwierzyniecka 6.

Arbeitsmarkt

Gesucht

zum **baldigen Antritt** spätestens **1. Oktober d. Js.**

jüngerer unverheirateter

Inspektor

mit mehrjähriger Praxis auf 3000 Morgen großem Brennereigut. Poln. Staatsangehörigkeit Bedingung. Poln Sprache in Wort und Schrift erwünscht. Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüche u. Lebenslauf an (7990

von Willich, Gorzycko, Post Międzychód.

Ein größeres Dominium

in der hiesigen Wojewodschaft **sucht** einen

Spezialmonteur [738
oder Trocknereileiter

der über längere Erfahrungen mit der Inbetriebsetzung und Leitung einer **neuerrichteten**

landwirtschaftl. Allestrockneranlage,

Syst. Dr. Otto Zimmermann, Ludwigshafen, verfügt.

Angebote unt. **Nr. 27,186** an das **Reklamebüreau „Par" in Poznań, ul. Fr. Ratajczaka 8.**

Maschinist

geprüft, für Wolf-Lokom. u. Dampfmaschine per **sofort gesucht.** Ausführliche Bewerbungen u. Zeugnisabschriften **schriftlich** an (7994

L. Baerwald, Mahl- u. Schneidemühle, **Nakło** (Noteć).

Wir suchen

per **sofort** einen energischen, zielbewußten, auch organisatorisch veranlagten (7996

jüngeren Kaufmann

möglichst aus der Eisen- oder verwandter Branche. Kenntnisse der polnischen Sprache erwünscht, jedoch nicht Bedingung. **Es wird nur auf wirklich erste gediegene Kraft reflektiert.**

Industrie-Werke A.-G., Danzig.

Junger Mann,

ledig, evang., 25 Jahre alt, in Verwaltungssachen erfahren, schreibgewandt in Deutsch und Polnisch, **sucht sofort** oder später **passende Stellung.** Am liebsten als Gutssekretär oder dergl. — Angebote unt. **7997** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Bilanzsicherer

Buchhalter

mit einjähr. freiw. Zeugnis, zur Zeit seit 1909 in Kongreß-Polen in **großem Mühlen-, Brennerei- und großem landw. Betriebe** als **selbständiger Buchhalter und Kassierer** in vollständiger Vertrauensstellung, **sucht** veränderungshalber **passende Anstellung** in großem **Fabrikbetriebe.** — Offerten unt. **K. B. 7956** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Wir bieten, fast wie neu, zum Kauf an:

Andree's Allgemeiner

Handatlas

in 126 Haupt- und 137 Nebenkarten, gebunden, vierte, völlig neubearbeitete und vermehrte Auflage.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. **Versandbuchhandlg.**
Poznań,
Zwierzyniecka 6.

Landwirtstochter, kath., M. 20er, wünscht Bekanntsch. eines anst. kath. Herrn **zw. Heirat.** Am liebst. Besitzer, Witwer mit Kind nicht ausg. Verm. und Wäscheausst. vorh. Ernstgem. Offert. unt. **K. 7993** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.



Wir drucken:

- Besuchskarten
- Verlobungskarten
- Vermählungsanzeigen
- Trauerdrucksachen
- Briefbogen
- Briefumschläge
- Postkarten
- Rechnungen
- Quittungen
- Schecks · Akten
- Kataloge · Preislisten
- Reklame-Prospekte
- Plakate
- Flaschen-Etiketten
- Dissertationen
- Broschüren · Werke
- Zeitungen
- Zeitschriften

sowie alle sonstigen

Drucksachen

für Buch- und Steindruck, in deutscher u. polnischer Sprache, schnell, sauber und preiswert. Vorberechnungen zu Diensten.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Fensterglas
in allen Sorten,
Glaserkitt, Glaserdiamanten, Bilderleisten
liefert **L. Zippert, Gniezno.**

Gutsverwalter,
anerkannt. Acker- u. Viehwirt
evangl., verh., **poln. Staatsbürger sucht Stellung.** Offerten unt. **A. A. 7972** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Junges Mädchen
für **Botengänge** und leichte **Kontorarbeiten** für groß. Büro **gesucht.** Offerten unt. **7999** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten

---



Deutscher Theaterverein
Posen.
Mittwoch, den 11. Juli 1923,
abends 8 Uhr,
im Saal des Zoologischen Gartens.

Einmaliges Gastspiel
des Herrn Paul Hilbig-Edelhof, Danzig.

Nur ein Traum.

Lustspiel in 3 Akten von Lothar Schmidt.

Eintrittskarten zu 4000, 6000, 8000 und 10000 Mk. sowie Programme zu 1000 Mk. sind im Vorverkauf im Zigarrengeschäft von **Gumnior,** św. Marcin, Ecke Gwarna sowie an der Abendkasse zu haben.



Hersteller: **Urbin-Werke, G. m. b. H. Danzig, am Troyl,**
Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**

Kaufe Pianinos
und zahle die höchsten Preise.

Offerten mit Preisangabe unter **G. 2751** an **Wielkopolska Agencja Reklamy, Poznań,** św. Marcin 40.

Die hiesigen Obstalleen
einschließlich eines **Obstgartens** sind

zu verpachten.

Es sind **Äpfel, Birnen, Süß-, Sauerkirschen, und Pflaumen** vorhanden.

Gutsverwaltung Białokosz, Post Nojewo.

Johannisbeeren,

etwa **30 Zentner,** schöne rote Ware, möglichst im ganzen **zu verkaufen.** Offerten mit **Preis** an (7992

Fr. Hartmann, Oborniki.

Fabrikunternehmen der **Metallbranche sucht von sofort** geeignete **Räume** evtl. auch nur einen **Platz**

auf dem ein entsprechendes Gebäude aufgebaut werden kann. Bedingung: Unterstadt oder Gegend Bahnhof.

Zuschriften erbeten unter **K. 7960** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Landaufenthalt auf **Gut, Försterei** oder **Pfarrhaus** (möglichst mit Kindern) für **13 jährige Schülerin für 2—3 Wochen,** von **sofort gesucht.** Offert. mit **Preis** unt. **Nr. 8001** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Möbeltaren

auch außerhalb prompt und gewissenhaft führt aus **Max Bernhardini,** Möbelhändler, Aleje Marcinkowskiego 3 b.



Wohnungstausch.

Tausche meine Wohnung bestehend aus: **2 Zimmer, Küche** und **Korridor** in **Berlin** gegen ebensolche in **Gniezno** oder Umgegend.

Anfragen an
R. Cichowski, Berlin C.,
Mylakstraße 6. (8000

Gut möbliertes

Vorderzimmer
sofort zu vermieten.
Schwenzer, (8001
ul. Grunwaldzka 25 IV, r. Aufg.

Wieder vorrätig:
Popliński - Dr. Loewenthal
Polnisches

Elementarbuch

geb. jetzt **15000 Mark**
nach auswärts unter Einschreiben bei vorheriger Einsendung des Betrages
15500 Mark
unter Nachn. **16500 M.**

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., Poznań,
Zwierzyniecka 6.



Schreibmaschine,

gut erhalt., **zu kaufen** gesucht. Ausführl. Offerten werden an d. **Postfach 10 in Buk** erb.

Jagdzimmer,

(Eiche), alte Handschnitzerei **mit großem Buffet zu verkaufen,** [7991

Hotel Adler, Rawicz.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 9. Juli.

Drei Opfer des Badens.

Am gestrigen Sonntag nachmittag, der mit seiner hundstagsmäßigen Hitze mit unausstehlicher Kraft zum Baden zwang, sind nicht weniger als drei junge Leute an verschiedenen Stellen ertrunken, so daß damit die Zahl der Opfer aus unserer Stadt seit Donnerstag voriger Woche auf sechs gestiegen ist. Einmal ertrank gestern in einem Teiche zwischen Solatsch und dem Przepadek ein Soldat namens Stefan Pawelczak vom Artillerieregiment. Ferner büßte beim Baden an der neuen Warthebrücke sein Leben ein der jugendliche Stanislaus Nadolnik, der in einem Geschäft der ul. Wrocławska (fr. Breslauer Str.) tätig war. Und endlich ertrank in Unterberg in der Warthe der 21jährige Thomas Nowaczyk aus Posen, ul. Marcelego Mottego 7a (fr. Gutenbergstr.) wohnhaft. Die Leichen sind bisher noch nicht gefunden worden. Dagegen ist es gelungen, die Leiche des am Freitag in der Warthe ertrunkenen 19jährigen Tadeusz Linke aus der ul. Reya (fr. Charlottenstr.) zu bergen.

Eine Erinnerung.

Im Handelsteil der Nr. 150 vom 7. Juli berichtet das „Pos. Tagebl." über das hundertjährige Jubiläum der Firma Hartwig Kantorowicz. Das erinnert mich daran, daß auch ich einmal die Ehre hatte, ein paar Jahre bei der Jubelfirma tätig zu sein. Allerdings liegt das schon fast 44 Jahre zurück. Damals bestand noch die Firma in ihrer alten Form und wirkte auf dem Gelände zwischen Wronker Straße 6 und dem Kämmereiplatz. Damals lebte auch noch die Frau des Gründers und die Mutter der hier in Betracht kommenden Kantorowicz-Generationen. Geistiger Leiter des Ganzen war Max Kantorowicz, der Vater des späteren Generaldirektors des hiesigen Unternehmens Dr. Franz Kantorowicz, der zu meiner Zeit noch Septimaner war. Die Fabrikation leitete Edmund Kantorowicz, der später den Beinamen der Ohrfeigen-Kantorowicz erhielt. Der Ursprung dieses Beinamens war der: Edmund K. weilte vorübergehend in Berlin und fuhr auf der Straßenbahn. Einer der Fahrgäste im Wagen schimpfte, was das Zeug hielt, auf die Juden. Da stand Edmund K. auf, versetzte dem Schimpfenden eine kräftige Ohrfeige und sagte: „Da haben Sie die Quittung eines Juden." Der Vorgang hatte damals viel Staub aufgewirbelt. Minister, sozusagen ohne Portefeuille, war Joseph Kantorowicz. Er empfing die Kundschaft, überwachte die Expedition und dergleichen. Diese drei Kantorowiczs und die Mutter waren die sichtbaren Mitinhaber der Firma. Ich hatte noch drei weitere Söhne und eine Tochter des Gründerpaares kennen gelernt, doch die kamen geschäftlich nicht in Betracht. Erinnert sei nur, daß der älteste der Söhne, Stadtrat Wilhelm Kantorowicz, ein eigenes Spiritus- und Produktengeschäft auf der Lindenstraße hatte. In der Zeit meiner Tätigkeit exportierte die Firma sehr viel nach Amerika. Zwei Artikel waren es hauptsächlich, die in großen Mengen dorthin gingen: Litauer Magenbitter und Kirschsaft. Ein in jener Zeit neuhergestellter Tafellikör „Coca", wurde auch versuchsweise nach Amerika geschickt, konnte sich aber nicht einbürgern, ebenso wie andere Fabrikate der Firma. In die Zeit meiner Tätigkeit (Frühjahr 1882) fällt die erste Reise des Max Kantorowicz nach Amerika. Zum Andenken daran stiftete das Bureau- und technische Personal ein Ölgemälde, das nach einer Photographie sehr gut hergestellt war. Eine entsprechende Adresse begleitete das Bild, und beides dürfte noch heute im Besitze der Erben sein. Aus dem Kantorowiczschen Geschäft ist eine lange Reihe technisch vorgebildeter Destillateure hervorgegangen. Aber meines Wissens hat nur einer sich einen Weltnamen gemacht, der an Glanz seiner Lehrfirma nicht nachsteht: Bolesław Kasprowicz senior in Gnesen. Einen besonderen Vorzug hatte die Jubelfirma: Das Personal blieb bei ihr kleben. Wie viel Jubilare mögen es wohl sein, die in den 100 Jahren hervorgegangen sind? In dieser Beziehung möchte ich einen seltenen Fall hervorheben. Von des Lebens Sturmwellen getrieben, mußte ein vordem selbständiger Kaufmann „Land" suchen. Und dieses „Land" fand er bei der Jubelfirma. Bei seinem Eintritt hatte er die „50" schon überschritten. Und trotzdem war es ihm beschieden, sein silbernes Arbeitsjubiläum zu feiern. Der Mann hieß Samuel Abraham, und war mir trotz des Altersunterschiedes ein lieber Freund, dessen ich in diesem Augenblick mit Innigkeit gedenke. Von meinen damaligen Mitarbeitern sind nur noch wenige am Leben; die meisten sind gleich den Firmainhabern längst gestorben. Tempi passati. Diese Erinnerung bringt mir aber zum Bewußtsein, daß auch ich einmal Sonnenschein hatte; die nasse Kälte ist mir vorbehalten geblieben.

B. S.

Saatenstandsbericht.

Die vorletzte Woche war bis auf das Ende, wo einige sonnige Tage kamen, noch trübe, kühl und auch regnerisch, ebenso Sonntag, Montag und Dienstag der verflossenen Woche. Seit Mittwoch aber ist ein völliger Wetterumschlag eingetreten, und die strahlende Sonne hat das Wiesen- und Kleeheu, das wochenlang zur Verzweiflung der Landwirte herumgelegen hat, nun rasch trocknen lassen; der bei weitem größte Teil wird mit Schluß der Woche eingebracht worden sein. Einen Teil der Wiesen und des Klees hatten manche Landwirte noch nicht gemäht, in Anbetracht des ungünstigen Wetters; der Schnitt erfolgt jetzt schleunigst. Die Entwicklung der übrigen Feldfrüchte hat im allgemeinen recht gute Fortschritte gemacht. Deutlich wahrzunehmen ist die Wirkung der wenigen warmen Tage. Der Roggen hat unter dem Einfluß der Sonne bereits vielfach seine Farbe ins Bräunliche geändert. Anfang der Woche sah man ihn stellenweise noch in Blüte. Die häufig gehörten Befürchtungen, der Roggen sei ungenügend befruchtet, scheinen durchaus unbegründet. Untersuchung der Roggenähren an vielen Stellen ergab, daß sie lückenlos mit Körnern besetzt und diese auf manchen Schlägen schon ziemlich weit entwickelt sind. Gerste steht voll in Ähren und ist lang im Stroh. Hafer ist bei Beginn des sonnigen Wetters schnell in Rispen geschoßt und hat sich dabei noch schön gereckt. Erbsen sowie Peluschken und Wickengemenge stehen fast durchweg sehr schön, auch auf leichteren Böden. Lupinen haben bei dem schönen Wetter rasch ihre Blüten entfaltet, haben auch meist das Unkraut unterdrückt, auch Serradella vermochte in den letzten Tagen ihren Stand zu verbessern. Die Kartoffeln haben gute Fortschritte gemacht, während das von Rüben nicht überall gesagt werden kann.

Bei den Kirschen ist die Ernte voll im Gange und der Ertrag gut, doch hat die Güte der frühesten Sorten durch die Nässe und Kälte stark gelitten. Bei den Äpfeln wird im Durchschnitt nur auf einen mittleren Ertrag zu rechnen sein; besser sind die Aussichten bei Birnen. Pflaumen wird es nicht viele geben.

S.

Eisenbahnverkehr. Die Eisenbahndirektion bittet uns, mitzuteilen, daß der Schlafwagen, der täglich zwischen Krakau und Danzig (Schnellzug Nr. 1405/1404) und zwischen Danzig und Krakau verkehrt (Schnellzug Nr. 1413/1406), vom 10. Juli ab aus Krakau, und vom 11. Juli aus Danzig nur jeden zweiten Tag abgehen wird, und zwar im Laufe des Juli aus Krakau an den geraden, aus Danzig an den ungeraden Tagen, im August umgekehrt.

Durchgehende Dienstzeit bei staatlichen Behörden. Dem „Przegl. Wiecz." zufolge ist jetzt offiziell verfügt worden, daß der Dienst in sämtlichen staatlichen Behörden um ½9 Uhr beginnt und um 3 Uhr endet.

Miljonówka. In der letzten Ziehung gewann das Los Nr. 2 716 757.

× **Sich selbst gerichtet.** Der 80jährige Gattenmörder Bartkowiak, der, wie wir in der Sonntagausgabe berichteten, in der Nacht zum Freitag seine 71jährige Ehefrau ermordet hatte, hat sich heut im Untersuchungsgefängnis erhängt.

Konzert. Die bekannte Koloratursängerin Ada Sari gibt morgen, Dienstag, ein einziges Konzert im großen Konzertsaale der Universität. Das Programm umfaßt Opernarien von Mozart, Verdi, Thomas, Meyerbeer, Donizetti, sowie die schönsten Lieder. Die Hauptanziehung dieses Konzertes bilden Variationen von Mozart mit Flötenbegleitung. Am Klavier Prof. M. Mikłaszewski, die Flötenpartie hat J. Oslisław vom Großen Theater übernommen. Kartenvorverkauf in der Zigarrenhandlung von W. Górski (Hotel Monopol).

× **Pferdediebstahl.** In der Nacht zum Sonntag wurde in Stenschewo dem Landwirt Ratajczak eine braune Stute, 1,40 m groß, am rechten Bein eine Narbe, im Werte von 3 Millionen Mark aus dem Stalle gestohlen.

Rp. **Altraden**, den 8. Juli. Einen schönen Verlauf nahm das Sommerfest des hiesigen Vereins „Frauenhilfe", das am vergangenen Sonntag, dem 1. Juli, hier gefeiert wurde. Es wurde durch einen Festgottesdienst eingeleitet, in dem der Pfarrer Diestelkamp aus Hohensalza die Festpredigt hielt. Die Hochfeier sollte nachmittags im schönen Kirchpark bei Kaffee und Kuchen, die zum besten der Armen zum Verkauf angeboten wurden, stattfinden. Leider aber überraschte der Regen die Festteilnehmer und trieb sie ins Pfarrhaus. Dort war für diesen Fall schon Vorsorge getroffen, sämtliche Gäste — es waren weit über zweihundert — fanden in den Räumen desselben Aufnahme. Gesänge des Kirchenchors und des Jungfrauenvereins verschönten das Fest. Auch ein Reigen konnte von letzterem draußen im Kirchpark noch aufgeführt werden und fand allgemeinen Beifall. Den Hauptvortrag bei der Feier hielt die Berufsarbeiterin des Verbandes der „Frauenhilfe" Fräulein Micke aus Posen, über die Notwendigkeit und den Segen der „Frauenhilfe". Zum Schluß wurde noch ein Teil der Herrlichkeiten, die rührige Frauenhände für das Fest bereitet hatten, meistbietend versteigert. Trotz des anhaltenden Regens wurde die Festfreude nicht getrübt, und die freundliche Aufnahme, die das Fest gefunden hat, läßt hoffen, daß es der Arbeit der „Frauenhilfe" neue Freunde zugeführt hat. Der Gesamtertrag der festlichen Veranstaltung einschl. der Kirchensammlung ergab die erfreuliche Summe von 1 132 860 Mk. die nach Abzug der Unkosten zum Besten der Armen verwendet werden soll.

= **Friedingen**, 6. Juli. Nachdem eine lange Regenperiode andauerte, ist jetzt in der letzteren Zeit eine sehr warme Witterung eingetreten. Das Wintergetreide steht tadellos, jedoch scheint der Roggen in der Blüte gelitten zu haben. Die Hackfrüchte stehen ebenfalls gut. Die Heuernte ist in vollem Gange, jedoch steht auf einigen Wiesen noch reichlich Wasser. Kirschen gibt es in reichlicher Menge.

* **Graudenz**, 8. Juli. Die Verstaatlichung des Mädchengymnasiums erfolgt nunmehr binnen kurzem. Die Übergabe der Anstalt (fr. Oberlyzeum, Viktoriaschule) an den Staat durch die Stadt wird in den nächsten Tagen an den Vertreter des Schulkuratoriums stattfinden. Der größte Teil der Lehrkräfte dürfte durch den Staat übernommen werden. — Die Kohlenpreise überstürzen sich. Während man in der vorigen Woche für den Zentner Kohlen noch 28 000 Mark zahlte, muß man heute dafür schon 35 000 Mark anlegen. Auch das Holz ist wieder wesentlich im Preise gestiegen. Es kostet der Raummeter bereits 100 000 Mark. — Gegen den neuen Hebammentarif für Pommerellen wenden sich die Hebammen des Stadt- und Landkreises Graudenz. Sie erklären, für den mitgeteilten Tarif in Anbetracht der Teuerung nicht mehr arbeiten zu können. Weiter heißt es in der Erklärung: „Die Hebammen Pommerellens sind an den Hebammenverein, Posen, Schlesien und Pommerellen angeschlossen. Der von der Wojewodschaft Posen am 28. Februar d. Js. herausgegebene Hebammentarif übersteigt in einigen Positionen nahezu 100 Prozent den Pommerellens. Eine Eingabe an den Wojewoden Pommerellens um Anerkennung des Anschlusses ist bereits geschehen."

* **Konitz**, 7. Juli. Herabgesetzt hat ihre Beiträge die Kreiskrankenkasse Konitz. Die Ermäßigung beträgt allerdings nur ½ Prozent (von 7 auf 6½ Prozent des Grundlohnes).

* **Krotoschin**, 8. Juli. Das in der Malzstraße gelegene Speditions-, Kohlen- und Baumaterialiengeschäft der Frau Flöter, das Herr Radiszewski vor kurzem käuflich erwarb, veräußerte dieser jetzt an Stefan Heil hier für 260 Millionen Mark. — Seit Donnerstag kostet hier ein 4½-Pfund-Roggenbrot 10 000 M.; die 60-Grammsemmel 500 M.

* **Neutomischel**, 8. Juli. Das Schwaebesche Haus in der Langen Straße ist für 60 Millionen Mark an den Gastwirt Muszyński in Posen verkauft worden.

S. **Rogasen**, 8. Juli. Der Wochenmarkt am Freitag war sehr gut besucht. Ferkel waren genügend angeboten; es wurden je nach Güte 440 000—700 000 M. für das Paar gezahlt und der Markt ziemlich geräumt. Butter kostete etwa 14 000 M., Eier 10 000—11 000 M., eine Gurke 4000 M., Blumenkohl 4500 bis 6000 M., Kohlrabi und Mohrrüben rd. 1000 M. das Bund, Kirschen 3000 M., Erdbeeren 6000, Blaubeeren 3000 M. das Pfund.

S. **Wongrowitz**, 8. Juli. Auf dem Wochenmarkt am Donnerstag war ausreichendes Angebot an Eiern und Butter, erstere kostete 7000—10 000 M., letztere 11 000—12 500 M. Ebenso war Gemüse in großer Menge da, sowie Kirschen. Von letzteren kostete das Pfund 3000—4000 M. Ferner waren die Preise etwa: für ein Bund Mohrrüben 1000—1500 M., Kohlrabi 1500—2000 M., Zwiebeln 2000 M., eine Gurke 8000 M., Blumenkohl 10 000 M. eine Blume. Für den Ztr. Kartoffeln (alte) wurden 20 000 bis 25 000 M. gefordert.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau**, 7. Juli. Die „Rzeczp." berichtet über den sensationellen Selbstmord der in der Warschauer Gesellschaft bekannten Frau Bohdan Ronikier. Ihr Gatte war noch zur Russenzeit wegen Mitschuld an der Ermordung seines Schwagers Stasia Chrzanowski verurteilt worden und büßte seine Strafe im Warschauer Gefängnis ab. Von den deutschen Okkupationsbehörden wurde er freigelassen und begab sich nach der Schweiz, wo sich bis jetzt auch seine Frau aufgehalten hatte. Frau Ronikier, die kürzlich aus der Schweiz zurückgekehrt war, lebte von ihrem Manne getrennt und scheint auch gesundheitlich sehr angegriffen gewesen zu sein. Da sie sich in nicht gerade glänzender Vermögenslage befand, beabsichtigte sie, zwei Häuser zu verkaufen. Die Transaktion stieß aber auf Schwierigkeiten, da ihr Mann nicht persönlich zugegen sein konnte. Vor einigen Tagen beschloß die Frau, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Sie hatte sich in das Schlafzimmer eingeschlossen und machte den Versuch, sich an einer Rouleauxschnur zu erhängen. Eine alte

---

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Fabrikbesitzer ließ sich nicht aus seiner unerschütterlichen Ruhe bringen: „Gewiß, nur hat sich seitdem insofern einiges geändert, da ich erfahren habe, daß alles lebende und tote Inventar in Clanitz Eigentum Ihres Pächters ist." Er sagte das wie nebensächlich, aber dabei beobachtete er den Kranken, der um einen Schein blasser wurde.

„Nun, und?!" fragte Graf Eberhard kurz: „Ich verstehe nicht recht, was das mit dem Grenzwald zu tun hat!"

Rößl behielt sein verbindliches Lächeln bei: „Sehr viel sogar! Sehen Sie, noch vor wenigen Jahren, bei Kriegsbeginn, war Clanitz mit einer Million zweimalhunderttausend Mark bewertet. Seitdem sind aber für runde fünfhunderttausend Mark Holz geschlagen worden — —"

„Herr!" An Graf Dassels Schläfen schwollen die Adern in beängstigender Weise: „Mir haben Sie dreihundertfünfzigtausend Mark gezahlt!"

„Gewiß, weil ich nicht mehr geben konnte, die Arbeitslöhne und Abfuhrkosten — ich mußte ja selbst schlagen lassen — haben ein Vermögen verschlungen —, eine andere Firma würde Ihnen noch weniger geboten haben! Übrigens nehme ich an, daß Sie das Geld sicher angelegt haben?"

Der alte Herr preßte die Lippen zusammen, und für Minuten herrschte ein beklemmendes Schweigen, das nur durch den hurtigen Schlag der kleinen Meißener Bouleuhr in Sekunden geteilt wurde.

„Nein, das konnte ich nicht — ich hatte Schulden abzutragen — von früher her, sonst würde ich es doch auch nicht nötig gehabt haben, Ihnen einen kurzfristigen Wechsel auszustellen."

Der Fabrikbesitzer klopfte leise, taktmäßig mit dem Bleistift auf die Tischplatte: „Sie sagten mir damals, — vor fünf oder sechs Wochen — daß Sie die Summe benötigten, um Verluste bei einem Differenzgeschäft zu decken, und ich gab sie Ihnen, weil ich annahm, daß Sie nicht Papiere mit erheblichem Kursverlust verkaufen, sondern erst eine Festigung des Geldmarktes abwarten wollten."

„Diese Vermutung war jedenfalls irrig, — — ich — — ich besitze kein bares Vermögen."

„O — —!" So leise die letzten Worte gesprochen waren, Rößl mußte sie doch verstanden haben: „Ja, Verzeihung, Herr Graf, aber darf ich dann fragen, wie Sie die in acht Wochen fällige Wechselschuld bezahlen wollen?"

„Bis dahin wird sich schon eine Deckung finden, Clanitz ist immer noch seine Dreiviertelmillion wert, ich würde eben eine neue Hypothek aufnehmen — —"

Der Fabrikbesitzer blätterte nachlässig in seinen Papieren herum: „Ich bezweifle nur, daß Sie so schnell einen willigen Geldgeber finden, und wie gesagt: Ihre Schätzung dürfte sehr erheblich zu hoch gegriffen sein, denn ohne den Wald, der erst wieder in fünfzig oder vierzig Jahren ein Wertobjekt darstellt, ohne lebendes und totes Inventar gibt heutzutage niemand mehr als höchstens, allerhöchstens sechshunderttausend Mark."

„Oho!" Mit einem Ruck richtete sich Graf Dassel auf, seine Hünengestalt schien noch zu wachsen, und die blauen Augen schossen Blitze: „Da werden Sie sich gehörig schneiden!"

Georg Rößl nippte an seiner Kaffeetasse: „Ich glaubte nicht! Sehen Sie, Herr Graf, ich habe mich bei zwei Banken und drei Grundstücksmaklern erkundigt — Instanzen, die auch wohl Sie als kompetent anerkennen werden, — die Taxen schweben zwischen fünfmalhundertfünfzig- und sechsmalhunderttausend Mark."

„Das ist — — —", der Kranke schnappte förmlich nach Luft, aber Rößl hob abwehrend die Hand: „Bitte sehr, Herr Graf, als Hauptinteressent habe ich denn doch wohl ein Recht, mich über den Stand der Dinge zu unterrichten, ich bin Kaufmann und muß als solcher rechnen, das können Sie mir nicht verdenken!"

Graf Eberhard hatte sich noch immer nicht von seinem Schrecken erholt: „Nur sechsmalhunderttausend — — —"

„Tja, Clanitz hat eben keinen besonders guten Boden, von den zwölfhundert Morgen unter dem Pflug ist höchstens ein Viertel rotkleefähig, das andere ist Sand und Unland, kaum daß Schafschwingel und Buchweizen wachsen, für den bloßen Grund und Boden zahlt aber heute niemand mehr etwas, — ja, wenn sich Zuckerrüben bauen ließen und eine Fabrik in der Nähe wäre, aber so — —!"

„Und Sie meinen wirklich — — —?"

Der Besucher nickte: „Ich meine, daß Sie aus allen Schwierigkeiten heraus sind, wenn Sie sich entschließen, den Grenzwald schlagen zu lassen. In diesem Falle biete ich Ihnen hundertvierzigtausend Mark, Sie können nicht nur die Wechselschuld begleichen, sondern auch die dritte Hypothek ablösen."

Graf Dassel erwiderte auf den Vorschlag Rößls, den Grenzwald schlagen zu lassen: „Aber der Wert des Gutes würde sich entsprechend verringern!"

„Gewiß, und um Ihnen in dieser Hinsicht eine Sicherheit zu bieten, bin ich bereit, mich kontraktlich zu verpflichten, die zweite Hypothek von hundertfünfzigtausend Mark und die erste Hypothek von zweihundertfünfzigtausend, die ich von der Märkischen Kredit- und Diskontobank übernehmen würde, gegen eine Verzinsung von sechs Prozent bei einem Prozent Amortisation, also vierundzwanzigtausend Mark jährlich, für die nächsten dreißig Jahre unkündbar stehen zu lassen. Ist diese Frist verstrichen, dann wird auch der neu angesamte Kiefernwald so weit sein, daß er ein genügendes Wertobjekt darstellt, um die restierenden Forderungen zu decken, die erste Hypothek bliebe doch ohnehin stehen."

Um die Lippen des alten Herrn zuckte ein spöttisches Lächeln. „Das ist sehr nett von Ihnen, aber Sie übersehen bei Ihren Berechnungen eine Kleinigkeit! Wie ich Ihnen bereits sagte, besitze ich kein Vermögen, mein Pächter, mit dem ich kürzlich den Kontrakt erneuert habe, zahlt mir ganze dreißigtausend Mark pro Jahr, da blieben mir also nach Abzug der Hypothekenzinsen noch bare sechs Mille, fünfhundert Mark im Monat, [illegible] viel, wie ich sämtlichen Leuten Gehalt zahle, und von der Luft kann ich doch nicht leben, nicht wahr?"

(Fortsetzung folgt.)

Dame, die mit ihr zusammenwohnte, bemerkte aber den Selbstmordversuch und rief Nachbarn herbei, die die Tür aufbrachen und die Unglückliche aus der Schlinge befreiten. Sie widersetzte sich jedoch verzweifelt. Als man sie zu beruhigen suchte, rief sie: „Mein Mann ist unschuldig. Wir sind alle das Opfer unserer schlechten Mutter geworden!" Der herbeigerufene Arzt stellte vollständige Nervenzerrüttung fest und ließ sie in ein Krankenhaus bringen. Dort starb sie, nachdem sie sich einige Stunden gequält hatte. Da ihr Mund anscheinend durch eine Säure verbrannt war, ist anzunehmen, daß sie vorher irgendein Gift getrunken hatte. Von ihrem Tode wurde die Mutter, die augenblicklich in der Sommerfrische in Czortkow weilt, benachrichtigt. Der Mann befindet sich augenblicklich in der Schweiz. Frau Nonikier hatte drei Kinder, zwei Mädchen von 10 und 13 Jahren, die in einem Kloster in Krakau erzogen werden, und einen 14jährigen Knaben, der in der Schweiz in einem Internat ist.

* **Danzig**, 5. Juli. Geheimer Oberbaurat Professor Dr. Steinbrecht, der Wiederhersteller der Marienburg und Ehrenbürger der Stadt Marienburg, ist im Alter von 74 Jahren einem Schlaganfall, den er am Montag erlitten hatte, am Dienstag erlegen. Er war am 22. September 1849 in Tangermünde als Sohn des Superintendenten Steinbrecht geboren, besuchte die Magdeburger Klosterschule und erhielt seine architektonische Ausbildung auf der Bauakademie in Berlin, wo er als Schüler Adlers besonders die deutschen Baudenkmäler studierte. Bedeutungsvoll wurde für Steinbrecht die Teilnahme an den Ausgrabungen in Olympia im Jahre 1877, wo er unter Curtius und Adler Erfahrungen sammelte und Anregungen aufnahm. Ein Reisestipendium, das ihm die Charlottenburger Hochschule 1881 verlieh, benutzte Steinbrecht zu einer Studienfahrt nach Ost- und Westpreußen, wo sich vor ihm die Welt der nordischen Backsteingotik in ihren alten Ordensbauten erschloß. Welches Vertrauen man ihm entgegenbrachte, bewies die im gleichen Jahre durch den damaligen Kultusminister von Goßler ihm übertragene Leitung bei den Wiederherstellungsarbeiten an der Kirche und dem Kreuzgange des Hochschlosses in Marienburg, die 1882 von Steinbrecht begonnen wurden. Im Jahre 1885 schuf Steinbrecht den Wiederherstellungsentwurf für das ganze Schloß. Neben der Unterstützung, die ihm dabei durch Kultusminister v. Goßler zuteil wurde, bedeutete es eine große Förderung seiner Pläne, daß der damalige Kronprinz, der spätere Kaiser Friedrich III., die Bewilligung einer jährlichen Staatsbeihilfe und einer Geldlotterie für Steinbrechts Aufgaben erwirkte. Die Arbeiten gingen jetzt frischer vorwärts. Außer der Erneuerung von Einzelheiten der Burg konnte man die Vorburg ausgestalten und die alten Befestigungs- und Verteidigungsanlagen, Tore, Türme und Mauern so anlegen, wie sie vor 500 Jahren waren.

Aus dem Gerichtssaal.

Todesurteil gegen einen Brudermörder.

Die „Freie Presse", Lodz, berichtet aus Lowicz: „Vor einiger Zeit verhandelte hier die Warschauer Delegation des Standgerichts in folgendem Prozeß: In der Nacht vom 15. auf den 16. Mai d. Js. wurde die Familie Kucinski im Dorfe Strzebunow, Gem. Dombkowice, durch ihren jüngsten Sohn Konstantyn mit der Mitteilung geweckt, daß in ihrem Gehöft ein Einbruchsdiebstahl verübt worden sei. Der alte Antoni Kucinski begab sich in den Stall, in dem sein älterer Sohn Stanislaw schlief. Ein überraschendes Bild bot sich seinen Augen dar. Sein älterer Sohn lag blutüberströmt auf dem Stroh. Die bald benachrichtigte Polizei kam mit dem Kreisarzt an und nahm eine Untersuchung vor. Es wurde festgestellt, daß Stanislaw Kucinski zuerst durch Hiebe mit einem stumpfen Gegenstand betäubt und ihm dann mit einem Messer die Halsader durchschnitten worden war. Der Verdacht fiel auf den jüngeren Bruder Konstantyn, der den Mord begangen haben sollte, um durch den Tod seines Bruders Alleinerbe zu bleiben. Die Sachen des jungen Brudermörders waren mit Blut befleckt. Der 19jährige Konstantyn Kucinski wurde verhaftet und vor das Standgericht gestellt. Während der Gerichtsverhandlung war er noch bemüht, die Schuld an diesem Mord auf seinen Schwager und seine Schwester Grzegorz und Lucia Kucinski zu wälzen, aber vor der Verkündung des Urteils widerrief er die Beschuldigung. Das Urteil lautete auf Tod durch Erschießen und wurde am nächsten Tage um 7 Uhr früh auf der Burgruine vollstreckt."

□ **Posen**, 8. Juli. Vor der hiesigen Strafkammer wurde am Sonnabend der Prozeß gegen 8 höhere und mittlere Postbeamte vom hiesigen Postamt Posen W. 3 zu Ende geführt wegen der angeblichen Unterschlagungen von Brief- und Paketsendungen, die im November 1921 Anlaß zur Verhaftung der jetzt Beschuldigten gaben. Der Prozeß endete mit der Freisprechung von sieben Angeklagten, während als einziger Angeklagter der Beamtenaushelfer Bunzel wegen Diebstahls von Dollarbriefen zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die Hälfte der Strafe fällt infolge der Amnestie weg; die andere Hälfte gilt durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt. Der Verurteilte hat aber gegen das Urteil Revision eingelegt. Einen ausführlichen Bericht über den Prozeß bringen wir in der nächsten Ausgabe.

Neues vom Tage.

§ **Erdbeben in England.** Wie aus London berichtet wird, war in Yorkshire in den letzten Tagen verschiedentlich ein unterirdisches Rollen zu vernehmen, das mit leichten Erdstößen verbunden war. In Beverly, wo die Stöße am heftigsten waren, gingen zahlreiche Fensterscheiben in Stücke. Die Bevölkerung glaubte zuerst an eine große Explosion in Hull, was sich aber nicht bestätigte. Vielmehr handelte es sich tatsächlich um ein kleines Erdbeben. Diese sind übrigens in England gar nicht so außergewöhnlich. Bisher waren sie allerdings noch niemals so heftig, daß Menschenleben dabei zu Schaden kamen. Ihr Zentrum liegt jedenfalls in Nordengland und Schottland und man nimmt an, daß sie von den vier allerdings schon erloschenen Vulkanen herrühren, die sich an der Westküste Schottlands befinden und die unterirdisch noch aktiv zu sein scheinen.

§ **Ein Preis für den Weltfrieden.** Wie aus Neuyork berichtet wird, hat Mr. Edward Bok, der frühere Herausgeber einer weitverbreiteten Frauenzeitschrift, einen Preis von 100 000 Dollar für denjenigen Amerikaner ausgesetzt, der einen praktischen Plan darüber entwirft, wie Amerika im Bunde mit anderen Nationen zur Sicherung des Weltfriedens beitragen könne. Unter den Schiedsrichtern befinden sich u. a. Senator Johnson und Frank A. Vanderlip. (Auf was für Einfälle doch die Amerikaner kommen! Die Schriftl.)

§ **Die geschäftstüchtige Tochter Wilsons.** Einer Kabelmeldung der „Chicago Tribune" zufolge, hat die älteste Tochter des früheren Präsidenten Wilson eine Tätigkeit in einem Anzeigenbüro angenommen. Der Vater soll ihren Aussagen zufolge diesem Schritt sympathisch gegenüberstehen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

L. A. 1000. Wir halten Ihre Absicht für sehr gewagt, da es in der Stadt Posen naturgemäß schon sehr viele Putzmacherinnen gibt und es Ihnen daher nicht leicht fallen dürfte, Kundschaft zu erhalten. Außerdem sind möblierte Zimmer in Posen ganz außerordentlich teuer. Wir raten unter allen Umständen von Ihrem Vorhaben ab.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Verlängerung des Gesetzes über Zollnachlässe.** Aus Warschau, 5. d. M. wird uns telegraphiert: Die Verordnung des Finanzministers und des Ministers für Handel und Industrie vom 27. März 1923 über Zollnachlässe, deren Gültigkeitsdauer in den letzten Tagen erloschen ist, wird bis auf Widerruf in Kraft belassen.

♂ **Rohölzoll in Österreich.** Aus Wien, 6. ds. wird uns telegraphiert: Die Regierung beabsichtigt die Einführung eines Zolles für Rohöl und die Erhöhung der bestehenden Zölle auf Rohölprodukte. Der Zoll dürfte eine Goldkrone für 100 Kilogramm betragen.

Industrie.

⊙ **Die Lage der oberschlesischen Drahtindustrie.** Der Beschäftigungsgang der oberschlesischen Drahtwerke hat sich seit kurzem wieder gehoben. Die Walzdrahterzeugung hat zugenommen. Der Markt für die Drahtverfeinerungsprodukte liegt ziemlich günstig. Die Preise zeigen eine weiter aufstrebende Tendenz.

⊙ **Die Textilmaschinenindustrie auf der Leipziger Herbstmesse.** Zur Leipziger Herbstmesse 1923 werden voraussichtlich die Textilmaschinen in Halle 13 der Technischen Messe zusammengefaßt werden. Es wird damit der Anfang zu einer geschlossenen Textilmaschinenmesse gemacht. Die Aussteller der Textilmesse werden es sicherlich begrüßen, schon im Herbst die von ihnen benötigten Maschinen in recht guter Auswahl auf der Technischen Messe zusammen vorzufinden.

⊙ **Zur Lage der russischen Zuckerindustrie.** Das Direktionsmitglied des Allrussischen Zuckertrustes Bronstein hat sich Mitte Juni zu Vertretern der bolschewistischen Presse ausführlich über die Lage des russischen Zuckermarktes geäußert. Dieser wird gegenwärtig durch zwei Momente charakterisiert: Die geringe Kaufkraft der russischen Bevölkerung und das geringe Angebot des Allrussischen Zuckersyndikats. Die Vorräte an nicht realisierter Produktion betrugen am 16. Mai etwa 3 Millionen Pud, Raffinade und gelben Streuzucker mitgerechnet. Von dieser Menge sind etwa 1 Million Pud für das Militärressort, für die Ausfuhr nach Persien und für gewisse Bedürfnisse des Innenmarktes „gepanzert". Mit dem Rest von etwa 2 Millionen Pud glaubt der Allrussische Trust den gesamten russischen Innenmarkt im Laufe von 5½ Monaten, d. h. bis zur neuen Produktion, befriedigen zu können. Während der verflossenen Zuckersaison ist der Absatz durchaus normal gewesen, wenn man die hohen Zuckerpreise und die gesunkene Kaufkraft des Landes in Betracht zieht. In der Zeit vom 1. Januar bis 15. Mai d. Js. sind etwa 4 Millionen Pud realisiert worden. Obgleich der Allrussische Zuckertrust wegen seines Standpunktes, daß der russische Markt nur in der Lage sei, geringe Zuckermengen aufzunehmen, aufs schärfste angegriffen wird, beharrt Bronstein auf diesem Standpunkt, den er für den einzig richtigen hält und betont, daß gegenwärtig bei der gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung mit einem Verbrauch von nicht mehr als 3,5 Pud Zucker pro Kopf der Bevölkerung gerechnet werden dürfe. Im übrigen muß gesagt werden, daß man beabsichtigt, statt 23 Millionen Pud im Jahre 18 Millionen Pud im Jahre zu produzieren. Man verlangt, daß das Volkskommissariat der Finanzen die Akzise nicht weiter erhöht, die bereits 40 Prozent des Verkaufspreises ausmacht.

Von den Banken.

△ **Darmstädter und Nationalbank Kommandit-Ges. a. A.** Jetzt fangen auch die großen D-Banken an, ihre Bilanzen herauszubringen. Die Verzögerung erklärt sich aus den Zeitverhältnissen. Nun steigen wir aber noch höher in die Region der Milliarden auf. Bei der Darmstädter Nationalbank war 1922 das erste Jahr der vollen Fusion. Infolgedessen erübrigt es sich, überall die Vergleichungszahlen heranzuziehen. Der Bruttonutzen wird mit 14,04 Milliarden ausgewiesen. Gewinne aus Effekten- und Konsortialgeschäften werden nicht herangezogen, sie sind zur weiteren inneren Kräftigung, die man heute nicht weit genug treiben kann, herangezogen worden. Von dem Bruttogewinn entfällt mit 9019 Mill. (514) wieder der größte Teil auf Zinsen, 5012 Mill. (328) auf Provisionen. Verwaltungskosten schwollen auf 9349 Mill. (567) an, Steuern verschlangen 1737 Mill., (62). Der offenen Reserve sollen 1547 Mill. zugeführt werden, so daß sie auf 2 Milliarden steigt (450 Mill.). Die Aktionäre erhalten 1200 Mill., was eine Dividende von 200 Prozent bedeutet (14). Die Bilanz schließt auf beiden Seiten mit 252,58 Milliarden ab. Aber nicht diese Riesenzahl ist das entscheidende. Der Kernpunkt der Bilanz liegt darin, daß eigene Wertpapiere, Konsortialbeteiligungen und Bankgebäude mit je einer Mark in die Bilanz eingestellt sind. Das ist der erste neue Gedanke in der diesjährigen Bilanzierung der deutschen Bankwelt. Die Darmstädter Bank hat bewußtermaßen darauf verzichtet, ihr Aktienkapital zu erhöhen. Sie wollte vielmehr eine Reservebasis mit Substanzkern für kommende Zeiten bilden. Das ist durch die Bewertung der erwähnten vier Posten geschehen. Weitaus der bedeutendste Posten in der Bilanz sind die Kreditoren mit 246 Milliarden (19,6). Einschließlich der Akzepte stellen sich die gesamten Verpflichtungen auf 247 Milliarden (20). Ihnen standen aber an raschest greifbaren Mitteln in Form von Kasse und Bankguthaben zusammen 135 Milliarden gegenüber (4,59). Dazu kamen 51 Milliarden (4,87) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen. Bei Debitoren waren 56 Milliarden ausgeliehen (7,24).

Subskriptionen.

12. Juli. T-wo Cukrowni i Rafinerji **„Goslawice"** S. A. VI. Em. 272 000 Stck. (Gruppe A — 136 000 Stck., B — 68 000, C — 68 000 Stck. zu 540 M. nom.); eine von Gruppe A für 2 alte zu 10 000 M., eine von Gruppe B für 4 alte zu 25 000 M., für Plantatoren Gruppe C zu besonderen Bedingungen abhängig vom Kontrakt. Außerdem Umvalutierung: eine neue für eine alte zu 540 Mp., partiz. an den Gewinnen vom 1. Januar d. Js. (M. P. 129).

Warsz. T-wo **Transportu i Zeglugi** S. A (VII Em. 960 000 Stck. zu 250 Mp. nom.) 1 neue für 1 alte zu 1000 Mp.; partiz. an den Gewinnen vom 1. Juli d. Js. (M. P. 131).

14. Juli. Lubelska Fabr. Portland Cementu **„Firley"** (Lubliner Portlandzementfabrik) S. A. (VII. Em. 1 295 000 Stck. zu 500 Mp.); eine neue für eine alte zu 3000 Mp.; partiz. am Gewinn vom 1. Jan. d. Js.

Warsz. T-wo Handlu **Herbaty** (Warsch. Teehandelsges.) A. Dlugoleckí, W. Wrzesniowski S. A. (III. Em. 30 000 Stck. zu 1000 Mp. nom.), eine neue für eine alte zu 12 000 Mp.; partiz. am Gewinn vom 1. Juli d. Js. (M. P. 129).

15. Juli. **Elektrownia Okregowa** in Pruszkow S. A. (VI. Em. 3 560 000 Stck. zu 500 Mp. plus 100 Mp.; 1 neue für 2 alte zu 800 Mp.; partiz. an den Gewinnen vom 1. Juli d. Js., (M. P. 132).

Bank Wschodni (Ostbank) S. A. (V. Em. 864 000 Stck. zu 500 Mp. nom., in früh. Serien zu 432 000 Stck.); 2 neue 1. Serie für eine alte zu 1400 Mp. partiz. vom 1. Jan. d. Js.

T-wo Przem. Włókienniczego in Zgierz **„Lana"** S. A. (III. Em. 90 000 Stck. zu 1000 Mp. nom.); eine neue für eine alte zu 1500 Mp. partiz. an den Gewinnen vom 1. Jan. d. Js.

Industrie-Aktiengesellschaft **„Lilpop"**, Rau i Loewenstein (III. Em. 2 160 000 Stck. zum Preis 500 Mp. nom.) eine neue für zwei alte zu 1500 Mp. partiz. am Gewinn vom 1. April d. Js.

Fabr. Lin Druc. **Meyerhold** i Ska S. A. in Sosnowiec (II. Em. 25 000 Stck. zu 1000 Mp. nom.) eine neue für eine alte zum Em.-Preis 1000 Mp. partiz. am Gewinn vom 1. Jan. d. Js. (M. P. 127).

Gasota, Lwowska Fabryka Obuwia (Lemberger Schuhfabrik) in Lemberg S. A. (100 000 Stck. zu 140 M. nom.), eine neue auf zwei der vorausgegangenen Emissionen zum Preis von 3000 M. (M. P. 135).

Belgische Aktienges. der Sochaczewschen Kunstseidefabrik (10 000 Stck. Aktien II. Em. zu 40 belg. Franken nom.); 5 neue für 6 alte. Emissionspreis 43 belg. Fr.

Von den Aktiengesellschaften.

Iskra T. A. Poznań. Am 3. Juli fand die Generalversammlung der Streichholzfabrik „Iskra" statt. Das Aktienkapital ist laut Beschluß um 100 Millionen Mark (von 60 auf 160 Mill. Mk.) erhöht worden. Die Neuemission hat die Polski Bank Handlowy übernommen, die den alten Aktionären für 2 alte 3 junge Aktien zum Kurse von 2500% anbietet.

Von den Märkten.

Vom Grodnoer Holzmarkt. Die Erhöhung des Eisenbahntarifes, die Verteuerung der Produktionskosten und die Ausfuhrlasten machen es unmöglich, die Preise für Ausfuhrholz der durch den Marktsturz im Juni geschaffenen Lage anzupassen. Deshalb sind die Holzpreise um 70 bis bis 100% je nach dem Material gestiegen. Kiefernes Langholz von 16 cm wurde in (Tausend Mk.) zu 280 bis 300 angeboten, Fichte mit 250 bis 270, Kiefernklötze für die Ausfuhr bis 400, Fichtenklötze 350 bis 360 (Stammholz). Telegraphenstangen für Ausfuhr 300 bis 320 (längere) 260 bis 280 (kürzere), Grubenholz bei lebhafter Nachfrage für den Export und die Inlandsgruben 160 bis 170, Tendenz stark. Espenholz (ausgewähltes Material) für den Export bis 30 Schilling, pro Raummeter bei größerem Bedarf. Fichtenholz für Zellulose wurde in Massen für die Ausfuhr nach Deutschland zu 170 bis 180 pro Raummeter eingekauft. Kiefernschwellen (breitspurig) bis zu 50 bei großer Nachfrage, Sleepers doppelt 110 bis 120, einzeln 48 bis 50 pro Stück. Gesägte Ware: Englische Ballen aus Kiefer, scharfkantig geschnitten, ausgewähltes Material, 7", 9" bis 11" 1000 1100. Kiefernbastings im Ausmaß des französischen Marktes 850 bis 900. Fichtendeals in verschiedenem Ausmaß 900 bis 950, Fichtenbattens 450 bis 800, Kiefernbretter für Tischlereien, ungeschnitten 600 bis 650, beschnitten für Zimmerleute 450 bis 480, Fichtenbretter für Zimmerleute bis zu 440—450. Halbzöllige Kieferbretter 550 bis 560, Fichtenbretter höher als 500, Brennscheite (gemischt und trocken) bis zu 1000 pro Waggon Verladestation. Alle Materialien wurden loko Waggon Verladestation verkauft. Der Mangel an Umlaufsmitteln als Folge der Devalation erschwert Transaktionen in großem Umfange sehr stark.

Holz. In Posen wurde gezahlt pro m^3 in der Oberförsterei Szczepankowo: Eiche III 221 053, IV. 195 383, V. 188 237. Birke IV. Kl. 186 956, Kiefer II. 185 240, III. 192 331, IV. 165 644, V. 171 287. Eiche Wurzelholz 34 095, Birkenscheite 80 000, Kiefernäste III. 4956, IV. 3800.

Metalle. In Sosnowice wurde pro Kg. gezahlt: Eisen 4500 bei Bestellungen von 50 t, bei kleineren Partien ein Aufschlag von 2%, Bandeisen (kalt gewalzt) 8500, geglüht 5300, Draht 6000.

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	9. Juli	6. Juli
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em.	10 000	10 000
Bank Przemysłowców I. Em. o. K.	10 000—11 000 —10 500	11 000—10 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	29 000	27 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	13 000	13 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	2600	2700—2800
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	1350	1300—1350
Bank Młynarzy	2000—1950	2000
Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.) . .	18 000	18 000
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	25 000—23 000	20 000—22 000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em. .	5000	5000
R. Barcikowski I.—IV. Em. o. Bezr.	6500—6000	—,—
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. .	75 000	70 000
Brzeski Auto I.—II. Em.	8000—9000	8000
H. Cegielski I.—IX.	7000—7200	7000-6700-6800
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	10 000	—,—
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em. (ohne Bezugsr.)	4500	—,—
Goplana I.—II. Em.	14 000	—,—
Cukrownia Zduny I.—II. Em. . .	—,—	150 000
C. Hartwig I.—V. Em.	4800—5000	4800—5000
Hartwig Kantorowicz I. Em. . . .	77 500—80 000	75 000
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	1900	1600
Hurtownia Skór I.—III. Em. . .	5000	5000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Bzr.	26 500—28 000	24 000—25 000
Iskra I.—III. Em.	35 000—45 000	25 000—28 000
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	300 000-330 000	275 000-280 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	110 000-130 000	120 000-115 000
Pneumatik	3300—3200	3100
S. Pendowski I. Em.	11 000—11 500	11 000
Płótno I.—II. Em. ohne Bezugsrecht	5 000	16 000—15 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	9500—9000	8500
Patria I.—VIII. Em.	9000-10500-10000	9000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em. (ohne Bezugsrecht)	26 000—24 000	21 000—20 000 —21 000
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em.	33 000	20 000—30 000
Spółka Stolarska I.—II. Em. . .	45 000	45 000
Sarmatia I.—II. Em.	13 500	12 000
Tkanina I.—IV. Em.	—,—	12 000—12 500
„Unja" (früher Ventzki) I. u. II. Em.	42 000—45 000	39 000—40 000 —39 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. (ohne Kup.) 21 u. 22	15 000—16 000	15 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em. . .	55 000	54 000—55 000
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em. ohne Bezugsrecht	3300—3500	3400—3200
Wyroby Ceramiczne I. Em.	—,—	33 000
Zjedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em.	36 000	38 000—36 000

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 9. Juli 1923.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen . . .	440 000—460 000	Roggenmehl 70% (inkl. Säcke)	350 000—380 000
Roggen . . .	245 000—255 000	Hafer	260 000—270 000
Braugerste . .	200 000—220 000	Weizenkleie . . .	125 000
Weizenmehl 65% (inkl. Säcke)	600 000—650 000	Roggenkleie . . .	125 000

Tendenz: schwankend.

Warschauer Vorbörse vom 9. Juli.

Deutsche Mark in Warschau	0,40
Dollar in Warschau	108 500—109 000
Englische Pfund in Warschau	511 000
Französischer Franken in Warschau .	6450
Schweizer Franken	19 050

Danziger Mittagskurse vom 9. Juli.

Die polnische Mark in Danzig	160
Der Dollar in Danzig	280 000

Warschauer Börse vom 7. Juli.

Devisen:

Belgien	5390	Paris	6440
Berlin	0.56	Prag	3280
Danzig	0,56	Schweiz	18 900
London	501 800	Wien	1.44
Neuyork	110 000	Italien	4720

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal (z. Zt. beurlaubt)
Verantwortlich: für Politik: Dr. Martin Meister; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil: Robert Styra; für den Anzeigenteil: i. V. B. Sikorski. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.